

Die Zeitung erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen um morgens...
Abnahme: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III.
Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Interessante Nachrichten, Tagesverläufe oder deren Raum 10 Pf., Kleinanzeigen...
Abnahme: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10.
Verleger: Kurt Roden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unsere Beziehungen zu den anderen Völkern.

Von Hugo Haase.

Nirgends in der Welt ist das deutsche Volk beliebt, auch in den neutralen Staaten fehlt jeder warme Ton, wenn von dem Schicksal des deutschen Volkes gesprochen wird. Die Hoffnung, daß der Übergang von der Monarchie zur Republik Deutschland im Auslande Sympathien erwecken werde, hat getäuscht. Es fehlt der Glaube an eine innere Wandlung des deutschen Volkes. Die Vertreter der großen Auslandszeitungen, die jahrelang vor dem Kriege in Deutschland gelebt haben und jetzt wieder zurückgekehrt sind, sprechen übereinstimmend die Ansicht aus, daß sich im wesentlichen nichts geändert habe. Oft genug lassen sie ihre Beobachtungen dahin zusammen, daß die Offiziersklasse sich niemals so breit gemacht habe, wie jetzt, daß der militärische Geist nie so unangenehm hervorgetreten sei wie gegenwärtig.

Die australische, ägyptische, libysche Werbeteams für die Freiwilligenkorps hat im Auslande den Eindruck hervorgerufen, daß auf diesem Wege ein auch für aktive militärische Betätigung nach außen orientiertes Heer geschaffen werden soll. Die Vertreibung der demokratischen Regierung in Liban durch deutsch-lettische Legionäre, die nur dem Interesse der lokalen Barone dient, wird als eine Fortsetzung der alten reaktionären Auslandspolitik betrachtet werden.

Es wird der Haß aller demokratischen und revolutionären Elemente gegen Deutschland geradezu genährt.

Die russische Sowjetrepublik hat in einem Rundschreiben an alle mit aller Deutlichkeit versichert, daß sie in Freundschaft mit dem deutschen Volke leben wolle und daß sie nicht daran denke, in Deutschland einzufallen. Das deutsche Proletariat hat nicht nur eine begeisterte Sympathie für die sozialistische Arbeiterrepublik, sondern auch das instinktive Gefühl, daß eine freundschaftliche Verbindung zwischen dem deutschen und dem russischen Volk zur Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens dringend erforderlich ist.

Die deutsche Regierung treibt ein Doppelspiel, das ihre Politik von neuem mit dem Mute der Unrechtheit belastet. Sie verkündet durch den Mund des Reichswirtschaftsministers und des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten in Brodorski-Moskau, daß sie keine kriegerischen Offensivhandlungen gegen das russische Heer beabsichtigt, daß sie vielmehr in friedliche Beziehungen zu der russischen Regierung treten wolle.

Gleichzeitig fördert sie die widerliche Hege gegen den „Bolschewismus“, und derselbe Reichswehrminister Postel unterzeichnet neben dem sozialistischen preussischen Minister Hirsch Aufrufe zur Bildung von Freiwilligenverbänden gegen die drohende Hege des russischen „Bolschewismus“.

Herr Erzberger erkennt den Wert an, den die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rußland für das deutsche Volk hat. Die Voraussetzung dafür sei, daß die russische Regierung eine Garantie dafür liefert, daß sie nicht Truppen auf deutsches Gebiet senden werde. Die Regierung tut über keinen Schritt zur Beschaffung dieser „Garantie“, und der Rußland der Freundschaft bleibt bestehen.

Inzwischen bemühen sich die Agenten des englischen und amerikanischen Kapitals, wirtschaftliche Fäden mit Rußland anzuknüpfen.

Die gleiche verderbliche Politik hat die Regierung zu dem zweiten Nachbar im Osten, zu Polen, getrieben. Der Zerwürfelpunkt, der von Hochgebiltheit nichts wissen will, verhindert jede Verständigung.

In Warschau können wir Lebensmittel, namentlich Kartoffeln, aus der Provinz Polen beziehen, wenn wir ein friedliches Abkommen mit den Polen abschließen würden. Das Preisgebot läßt aber ganz wie unter dem alten Regime eine vollständige Auslandspolitik nicht zu, mag auch das vielgeplagte deutsche Volk noch eine Vermehrung seiner Leiden ertragen.

Der Entente gegenüber erköhnt sich die Politik in Protesten und Drohungen, die im günstigsten Fall ohne Eindruck bleiben, leicht aber eine gereizte Stimmung erzeugen und schließlich das große Mißtrauen und den tiefen Argwohn mildern.

Die Herausgabe der diplomatischen Urkunden über die letzten Zeit vor dem Kriegsausbruch, die die November-Regierung beschlossen hat, wird jetzt absichtlich verzögert. Dadurch wird die Uebereinstimmung von dem Geiste der Vorkriegsmeinung zwischen dem alten Regime und der November-Regierung befestigt. Die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes in eine Kommission, werden doch die Richter zum großen Teil demontierten Profanen entnommen, die Uudenboese jahrelang gebildet haben und im Grunde auch jetzt keine Anzeichen zeigen. Eine solche Sache darf der Mensch nicht die

Viel wichtiger als ein Scheinvertragsvertrag ist die Vertiefung in den Seelenzustand der Völker, deren Ausmaß durch eine erbarmungslose Kriegsführung erreicht, deren Bandstriche verwüstet worden sind. Das austrückliche Verhalten, das Belgien und Frankreich ausgetragene Unrecht wieder aufzumachen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vorbereitung friedlicher Gesinnung.

Damit wird nicht etwa die sogenannte Kontinentalpolitik empfohlen, die das Produkt eines mühsamen oder gar gefährlichen Gedankenspiels ist. Die vorbereitete Zusammenfassung der Staaten des Kontinents enthält eine Spitze gegen das Anarchismus, namentlich gegen England. Sie müßte, wenn sie durchführbar wäre, einen Gegensatz zwischen den Kontinentalmächten und England erzeugen, der die Gefahr kriegerischer Entwicklungen in sich trägt. Dieses Projekt enthält freilich jeder realpolitischen Grundfrage, in ihm liegt nicht der Kern einer schöpferischen Idee. Es handelt sich bei ihm um eine phantastische Liebhaberei. Das Proletariat hat diese Politik unter allen Umständen abzulehnen, sein Ziel ist die Befreiung aller Völker.

Das allein sichere Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist die Stärkung der Internationalen und ihre Durchsetzung mit revolutionärem Geist.

Der heilige Allianz des Kapitals die kraftvolle Verbrüderung des internationalen Sozialismus entgegenstellen: das ist die Aufgabe der auswärtigen Politik des Proletariats. Solange die Weltrevolution, die uns umbrandet, noch nicht zur Expropriation der Expropriatoren in den großen Staaten geführt hat, solange noch kapitalistische Regierungen bestimmend das Geschick der Völker beeinflussen, werden Konflikte zwischen den Staaten unvermeidlich sein. Das Proletariat muß nachsich sein, um alle die Völker vorstehenden Praktiken zu durchkreuzen.

Kommt es in den großen Staaten selbst zur unbeschränkten Herrschaft, so ist kein Raum mehr für nationale Befreiungen. Dann haben die Grenzstreitigkeiten jeden Sinn verloren. Das auch der Friedenskonferenz über territoriale Abgrenzungen beizulegen mag: das Proletariat internationale Proletariat wird mit vielerlei Bedauern über diese national begrenzten Konstruktionen hinweggehen.

Die einzige Rettung.

Trüb ist die Zeit und nicht angetan zu festlicher Betrachtung, da schwere Sorge auf jeden lastet, der Anteil nimmt an dem furchtbaren Exzess, daß sich an dem deutschen Volk zu vollziehen droht.

Es hat den Anschein, daß sich wieder eine jener großen Streik- und Revolutionswellen zu ereignen beginnt, die seit dem Zusammenbruch in fast schon regelmäßiger Wiederkehr verheerend über das Reich fluten. Und wir alle wissen, daß es nicht die letzte ist. Immer wieder kommen diese Erschütterungen, die folgenden immer größer und umfassender als die früheren; immer größere Massen werden von ihr erfaßt, immer mächtender und gewalttätiger ist die Abwehr, doch immer weniger nachhaltend ihr Erfolg.

Kann es denn anders sein? Gewalt schafft nichts Neues, kann keine bleibenden Resultate bringen. Wir aber brauchen unerbittliche, schmerzliche Tatkraft, die den Forderungen und Bedürfnissen der Massen vorantreibt, die die Massen nie entläßt, ihr Vertrauen immer aufs neue erweist.

Seit dem 9. November ist das Gegenteil geschehen. Die berechtigten Erwartungen sind nicht erfüllt worden, das Notwendige unterlassen oder man wartete und ließ es sich durch den Druck von außen widerwillig abwinken. Auf keinem Gebiet schritt die Revolution flüchtig voran, immer ließ sie sich haken und drängen und schließlich wachte sie für alle Probleme nur mehr die eine Lösung, die keine ist, die Gewalt.

Doch es so gekommen, ist die schwere Schuld der rechtssozialistischen Führung. Sie hat vollständig die neue revolutionäre Situation verkannt. Der 9. November offenbarte den Zusammenbruch des alten politischen und ökonomischen Systems. Die Aufgabe war, an die Stelle der alten die neue sozialistische Ordnung zu besorgen und ihren Aufbau sofort zu beginnen. Dem die wirkliche ökonomische Macht liegt jetzt beim Proletariat und dieser muß der politische Herrschaft entsprechen. Diese Regierung konnte aber nur eine sozialistische sein, jede andere gerät sofort in schärfstem Gegensatz zu den Leiden der Macht und verlagert so den revolutionären Konflikt zwischen dem kleineren Macht bewußten Proletariat und den Besitzern der Produktionskraft.

Daran ändert gar nichts der Umsturz der Klassen, die rechnungsähnliche der bürokratischen Parteien ein schwaches Übergewicht gewonnen haben. Politik ist kein Machtergreifung und Demokratie läßt sich nicht auf bloße Kritikmittel reduzieren. Ist es doch das Geheimnis des Erfolgs der englischen Demokratie, daß ihre Regierungen es meißeln verstanden haben, die Forderungen der Minorität rechtzeitig zu erfüllen. Konservative Regierungen waren es, die Hauptforderungen der Minorität durchzusetzen haben und heute ist es der liberale Lord George, der sich bemüht, die Wünsche der Arbeiterpartei zu erfüllen. Hat er doch während kurzer Wochen die Forderungen der Eisenbahner und Kohlenarbeiter zum großen Teil erfüllt; während in Deutschland erst unter dem Druck immerwährender Streiks die Regierung halbkoncessionen macht, hat Lord George den Streik beendet, indem er nicht nur die Lohnforderungen, sondern auch den Sechsfachbau von Jahre 1921 an anerkannte und die Nationalisierung der Eisenbahnen und Kohlenminen in schone Aussicht gestellt hat.

Will man es etwas übertrieben ausdrücken, so würde man geradezu sagen, Demokratie sei die Herrschaft der Minorität, und nicht durch die Majorität, die dadurch vergrößert wird, daß sie selbst zur Minorität wird. Die sozialistische Bewegung der englischen Demokratie, diese

Minoritätsforderungen in das Regierungssystem einfließen die große Stabilität der englischen Politik.

In Deutschland aber spielen die politischen Parteien und vor allem die Rechtssozialisten keine Spur von solcher Einsicht. Sie bildeten sich ein, daß mit dem rein politischen Kernwechsel die Revolution abgeschlossen sei. Die Rechtssozialisten ignorieren völlig den sozialen Inhalt. Sie schließen einen Pakt mit dem Bürgertum zur Bekämpfung der Revolution und bilden das Koalitionsministerium.

Koalitionsregierungen bedeuten stets Stillstand und müssen ihn bedeuten, da in die einander entgegengesetzten Parteien in ihren Bestrebungen gegenseitig lähmend, nur konvergierend oder höchstens konvergierend, nicht neuschaffend wirken können. Und ein solches Stillstandsministerium wird schließend in der ersten Zeit der Revolution, wo einseitiges, schnelles, entschlossenes Handeln unbedingtes Gebot ist!

Die Folgen bliesen nicht aus, die unermesslichen, aber leicht vorauszuweisenden Folgen. Am 23. Januar, als der unglückliche Plan der Koalitionsregierung auslieferte, schrieben wir hier, daß eine Koalitionsregierung absolut reaktionäremäßig sein werde:

„Man gebe sich doch keiner Täuschung hin! Man beachte, daß die Arbeiterklasse, die nach dem Zusammenbruch des alten Gesellschafts endlich zum Bewußtsein ihrer Macht gekommen ist, ruhig stehen würde, wie das Bürgertum wieder mit Hilfe der rechtssozialistischen Führer politisch und ökonomisch in den Sattel gesetzt würde? Wären sich die Scheidemann, Dietrich und Landberg wirklich ein, daß die Arbeiter nun etwa auf die Sozialisierung verzichten würden? Wenn sie eine Spur politischer Voraussicht besitzen, müssen sie sich doch fragen, daß der Widerstand gegen den Sozialismus, den eine solche Koalitionsregierung leisten würde, nur die unheilvollsten Folgen haben könnte.“

Wenn der sozialistische Wiederaufbau nicht von der Zentrale aus durchgeführt, aber auch mit aller Energie in Angriff genommen wird, dann wird sich — und da werden alle Leben und selbst die Gewaltpolitik eines Nothfalls, nichts daran ändern — die Arbeiterpartei nicht zurückhalten lassen, überall selbst vorzugehen. Und dann beläuen wir nicht Sozialismus, sondern einen wirtschaftlichen Sozialismus, der ein Unheil wäre.

Die Koalitionsregierung würde ja versuchen, mit allen Gewaltmitteln dem entgegenzutreten. Aber das würde nur bedeuten, daß die deutsche Wirtschaft vollständig ruiniert, neue Wunden heraufbeschworen, der Grundbruch vertieft wird. Wenn die Herrschaft Scheidemann und Landberg meinen, ihrer Regierung durch Heranziehung von Bürgerlichen höhere Sicherheit geben zu können, die sozialistische Neuordnung festlegen und in aller Eile die rein demokratischen Gewerkschaften befehligen zu können, dann gehen sie sich einem schmerzlichen und verhängnisvollen Irrtum hin. Die Partei würde nur neues Unheil heraufbeschwören, die Mächte in der Arbeiterklasse selbst noch erhöhtere geistlichen und die Gefahren der Gegenrevolution in nächster Nähe rufen.

Das ist nun alles genau so eingetroffen. Es mußte ja kommen in Folge der Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit der Regierung, die zugleich blödsinnig und sozialistisch, zugleich revolutionäre und konterrevolutionäre, zugleich rot, schwarz und gelb sein sollte.

Auf allen Gebieten hat die Regierung versagt. Sie hat den Frieden versprochen und führt einen unermesslichen Krieg im Osten und mißratete Friedensverhandlungen mit dem Westen.

Sie hat die Finanzen in geradezu unbeschreiblicher Weise ruiniert, alle notwendigen Maßnahmen

gemeinlich zum Nachteil vererbt. Die Träger einer solchen Volkseigenschaft nicht abstrahieren Überzeugung sind demnach vogelfrei und aller Staatsbürgerlichen Rechte ledig.
Frage: Wodurch unterscheidet sich Polizeipräsident Graf von seinem früheren Geamer, Polizeipräsident Radow?

Einladung zur Entgegennahme der Friedensbedingungen.

Telegramm der Waffenstillstandskommission in Spa vom 18. 4. 19 an Reichsminister Erberger.

General Rudant überfandte am 18. April, 4 Uhr nachmittags, folgende Note: Der Vorsitzende des Conseils telegraphiert am 18. April 1919 was folgt:

Wollen Sie bitte folgende Mitteilung an die deutsche Regierung weiterleiten:

1. Der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte hat beschlossen, die mit Vollmachten versehenen deutschen Delegierten für den 25. April abends nach Versailles einzuladen, um dort den von den alliierten und assoziierten Mächten festgesetzten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen.

2. Die Deutsche Regierung wird daher gebeten, dringendst Zahl, Namen und Eigenschaften der Delegierten anzugeben, welche sie nach Versailles zu schicken beabsichtigt, ebenso Zahl, Namen und Eigenschaften der Personen, welche sie begleiten. Die deutsche Delegation soll strengstens auf ihre Rolle beschränkt bleiben und nur Personen umfassen, die für ihre besondere Mission bestimmt sind. ges. Rudant.

Der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau hat dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Waffenstillstandskommission in Spa in Verantwortung der französischen Mitteilung vom 18. April folgende Instruktion erteilt:

Bitte dortigem französischen Vertreter folgende Mitteilung zur Weitergabe an die alliierten und assoziierten Mächte zu machen:

Die deutsche Regierung hat die Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten und Kriegsministers vom 18. April erhalten.

Sie wird die Herren Gesandten von Daniel, Geheimen Legationsrat von Keller und Wirklichen Legationsrat Ernst Schmitt zum Abend des 25. April nach Versailles entsenden. Die Delegierten sind mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet, den Text des Entwurfs der Friedenspräliminarien entgegenzunehmen, den sie alsbald der deutschen Regierung überbringen werden. Sie werden begleitet sein von zwei Bureaubeamten, Herren Hofrat Walter Reimker und Militär Alfred Laders, sowie von zwei Konzipienten, Herren Julius Schmidt und Kiedel."

Ein Aufruf zur Einigung in Bayern.

Kugsburg, 19. April.

Der Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat richtet an die gesamte Bevölkerung folgenden Aufruf:

Die Ereignisse der letzten Tage haben große Erregung in der bayerischen Einwohnerschaft hervorgerufen. Die wilden und erbitterten durchsichtigen die Luft. Zur Veruhigung der Einwohnerheit teilen wir folgendes mit: Die Truppen der Regierung Hoffmann besitzen den Kugsburger Bahnhof nicht mehr. Ein Einmarsch von Regierungstruppen in die Stadt findet schon Versicherungen der Regierungsvorleiter nicht statt, solange sich Regensburg neutral verhält. Die Bewaffnung der Kugsburger Arbeiterschaft findet nur zu dem Zweck der Selbstbehauptung statt; nur an zuverlässige Leute werden Waffen abgegeben.

demselben Zug gebunden. Seine Zeit ist nur insofern begrenzt, als es früher als auf den 22. März und nie später als auf den 25. April fallen kann. Durch diese zeitliche Abhängigkeit des Osterfestes vom Eintritt des Vollmondes hat es sich sogar auch schon ereignet, daß Europa und Amerika das Osterfest an zwei verschiedenen Tagen feiern, indem im Jahre 1908 in Europa der Vollmond vor und in Amerika nach Mitternacht aufging und somit, da es die Nacht auf den Sonntag war, die europäische Kirche ihr Osterfest um eine volle Woche früher feiern mußte als die amerikanische.

Während die christliche Kirche das Osterfest mit der Wiedergeburt in Zusammenhang brachte, stand das altgermanische Frühlingsfest, das sich im Laufe der Zeiten in unser deutsches Osterfest verwandelt hat, ganz und gar im Zeichen der Sonne. Nach dem heiligen Wort Chören ist nicht, wie man vielfach glaubte, auf die Göttin Ostara zu beziehen, sondern wahrscheinlich darauf, daß sich die Sonne gänzlich wieder genau aus dem Osten bei uns wieder, und schon in unsern germanischen Vorfahren als Zeichen des wiedererwachenden Frühlings bekannt war. In vielen deutschen Osterbräuten finden denn auch noch gar manche Analogie aus diesen heidnischen Sonnen- und Frühlingsfesten. Der altgermanische Glaube, daß die Sonne am Ostermorgen drei Sprünge macht, hat sich bis heute erhalten, ebenso wie auch der uralte Brauch, auf den Bergen große Feuer, die Osterfeuer, anzuzünden, um die die Burschen und Mädchen anzulocken. Aus einer längstvergangenen Zeit kommt auch der Aberglaube an die heilbringende Kraft des Osterwasser; denn wie das Feuer, so befaß auch das Wasser im Glauben der Germanen gewisse heilende Kräfte, besonders Wunderkräfte. Sehr lange, wenn auch nicht bis heute, hat sich der germanische Brauch erhalten, am Osterfest einen Osterwider, der natürlich dann zum Osterwider wurde, zu schlachten. Noch im 18. Jahrhundert soll man Meise die Wille geherzt haben, den Osterwider, der mit bunten Bändern und Blumen geschmückt war, bevor man ihn schlachtete, öffentlich zur Schau zu stellen und zu umtanzen. Im bayerischen Gebirge war es noch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts üblich, die Höcker des von der Gemeinde zu Opfern geschlachteten Widlers zu verpöhlen. Der Brauch war aber allmählich schon längst von christlicher Anschauung durchdrungen, so der Widler als Symbol des Ostermordes bezeichnet wurde.

Gegenüber diesen Bräuten, die ursprünglich im Heidentum wurzeln, haben denn auch wieder rein christliche Osterbräute. Es hat allem die geistliche Weisheit der Christen, fern von den sonderbar in früheren Zeiten sehr beliebten Osterspielen, die in der Kirche abgehalten wurden und gewöhnlich in sehr dramatischer Form die „Aufstehung des Heilands“ behandelten.

geben. Die Stadtkommandantur und die beiden sozialdemokratischen Parteien haben an die Regierung in Bamberg und den Aktionsausschuß in München Telegramme zum Zwecke der Einleitung von Einigungsverhandlungen gerichtet. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Arbeiter! Bürger! Gebatet! Besonnenheit ist dringend erforderlich. Auf und allen ruht schwere Verantwortung, nur jeder das Seine, um Blutvergießen zu vermeiden.

Bildung bayerischer Freiwilligenkorps.

Bamberg, 19. April.
Das Ministerium für militärische Angelegenheiten macht bekannt: Neben der Volkswehr hat das Ministerium für militärische Angelegenheiten nunmehr auch die Bildung von Freiwilligenkorps zugelassen. Diese Freiwilligenformationen sollen im allgemeinen den Namen des Ortes, an dem sie aufgestellt werden, tragen. Ueber die Verwendung dieser Formationen bestimmen die Generalkommandos.

Wahrheit und Dichtung.

Die „R. B. Nachrichten“ erfahren aus Nürnberg: „Nach Dacha waren 600 Mann Regierungstruppen vorgeschoben, die von 1500 Mann der Roten Garde unter Führung von Toller mit Maschinengewehren, Kanonen usw. angegriffen wurden. Im Bergschloß wurde festgestellt, daß beide Parteien auf ihre Ausgangsstellungen zurückkehren sollten. Unter Verhinderung des Beschlusses der Roten Garde, Toller, eine halbe Stunde vor Ablauf der Frist Maschinengewehrfeuer auf die Regierungstruppen eröffnen. Auch gingen Leute der Roten Garde unter dem Ruf: Nicht schießen! gegen die Regierungstruppen vor. Schießen aber dann selbst. Die Regierungstruppen wurden zurückgenommen. Sie verloren etwa 25 Prozent an Toten, Verwundeten, Gefangenen und Verwundeten. Dacha ist zur Zeit wieder in den Händen der Roten Garde.“

Protest gegen die Dresdener Regierung.

Leipzig, 19. April.

Die Landeskonferenz der sächsischen unabhängigen Sozialdemokratie hat in einer Resolution der Arbeiterkassaschleife empfohlen, den Kampf gegen die Dresdener Regierung vorzubereiten, solange der Belagerungszustand nicht aufgehoben und der Rücktritt der Regierung nicht erfolgt ist. In: Einstellung des Kampfes sollen Volksversammlungen einberufen werden, die den Rücktritt der Regierung fordern. In den Gemeindevorstellungen soll überall gegen den Belagerungszustand protestiert werden. Die Arbeiterschaft soll sich bereit halten, um im Ernstfalle das äußerste Mittel zur Beseitigung des Belagerungszustandes und der Gewaltregierung anzuwenden. In einer anderen Resolution wird gegen die Bildung von Weigen Werben Protest erhoben. Wer sich anwerben lasse, soll in seinem Betriebe mehr eingestellt werden.

Die Ernennung Dernburgs.

Berlin, 19. April.

Der Reichspräsident hat heute Abend die Ernennung von Eggeling Dernburg zum Reichsminister der Finanzen vollzogen. Reichsminister Dernburg wird gleichzeitig das Amt eines Vizepräsidenten des Reichsministeriums übernehmen.

Damit ist wiederum ein Vertreter großkapitalistischer Interessen auf den so überaus wichtigen Posten des Finanzministers gekommen. Ebenso wenig wie von seinem Vorgänger Schiffer wird man von Dernburg erwarten dürfen, daß er die Neuordnung der bankrotten Finanzwirtschaft Deutschlands auf einem Wege vornimmt, der den Interessen der Massen entspricht und der die Volkshaus sprechend ihrer großen Leistungsfähigkeit heranzieht.

Die Ernennung von Dernburg ist ein Beweis dafür, daß die Regierung auch auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft nicht von den alten Bahnen abweichen wird.

„Dios Irao“ im Lessingtheater.

„Dios Irao“ — „Tag des Hornes“ nennt Anton Wildgans seine neue Tragödie, die gestern Abend im Lessingtheater ihre Uraufführung erlebte. Wildgans, der Dichter, der Dichter der „Armut“ und der „Liebe“ offenbar auch hier sein heisses Herz, das in die Brust dieser Welt schreit. Ueber das Stoffliche der Handlung spannt er die Fäden seines leidenschaftlichen Gefühls, das ihn aus der Schildernden Prosa wie in seinen früheren Dramen in den Strom glühender Verse reißt. Schon der Titel seiner Tragödie weist auf den religiösen Charakter seiner Dichtung hin, die als Tragödie einer Jugend anhebt, durch den gegenseitig vergiftenden Haß der Eltern zerbrochen ist, und psalmodierend, symbolisierend, im Tabalot des Weltgerichts endet. Vollstänigkeit und das anklagende „Wehe, Wehe“, über die gottlose und geschändete Menschheit, verzoedeln die Szene zum Tribunal und zum Ozeanarium. Die Hölle des zornigen Mikelds mit der mehlabendeten Kreatur, der ethischen und sozialen Auflehnung gegen die Unmenschlichkeit einer Diktatur, Machtgier und Herrschsucht findet bei Wildgans in diesem Drama und in seinem ganzen dichterischen Entwicklungsgange ihren diskordanten epischen Ausdruck. Was vom blühendsten Standpunkt mancher zweifelhaft und bedenklich, manches im Gefühl zerlegt und zerlegt abgerissen, anderes wieder vom Verstande etwas fest und reibend, gleichsam sein — es bleiben doch über allem theatralischen in stark einprägnante Momente, als daß sie sich in einer Kaskade bei Adaktionschluss ohne vorherige Wackelkure kurz abtan lassen.

Ueber Marc Aurels Philosophie vom Leiden, Leben und Tod, über die beiden „Frühlings Erwachen“ und Strindbergs Geschichtsbuch führt den Dichter Wildgans der Weg zu seiner eigenen Schöpfungsart. Man kann ihn haben in allen seinen Ueberlegungen, die sich bisweilen kraftigsten geberden und doch bei allen Kriechen niemals in hohles Pathos verfallen. Manches erhebt in latter Formung, oder es ändert sich gekauet, tief empfundene Wesen. So, wenn dem Jüngling in der Umarmung das geliebte Mädchen entgittert, er betet in ihr ein Phantom an und sie liegt in Frieden und warmem Blut. So, wenn die Eltern Schuld und Haß aufeinanderwerfen und durch den Horn doch glühend vergehen und Verfluchen um Erlösung weint.

Das Werk hatte einen allgemein lebhaften, wenn auch am Schluß durch einige schlechte Witze bestrittenen Erfolg. Der Dichter wurde gerufen, zeigte sich aber nicht, denn er will in Wien. Der Belpas galt vornehmlich auch der Darbietung, die bei allbelebter Inszenierung und Bühnentechnik zu der noch jüngeren

Die Immunität der Rätebelegierten.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Am Montag, den 14. d. M. dem letzten Sitzungstage des Rätekongresses, an dem ich teilnahm, kamen in meine Wohnung Kriminalbeamte und Militär und nahmen eine Hausdurchsuchung vor. Beschlagnahmt wurden circa 50-60 Zeitungen „Der Kommunist“, einige Broschüren „Was will der Sozialismus“, 17 Stück Resolutionen oder Richtlinien zur Wahl von Räten in Oberbayern und einige Flugblätter: „An die Proletarier aller Länder“ von Liebknecht, Mehring, A. Luxemburg und Clara Zetkin unterzeichnet. Am 16. d. M. habe ich schon eine Vernehmung wegen Vergehen gegen den Belagerungszustand und gegen §§ 110 und 130 des Strafgesetzbuches. Vermutlich sind dies die Konsequenzen meiner Rede auf dem 2. Rätekongress.

Anton Jadasch, Bergarbeiter, Spine C. G.
Bekanntlich hat der Rätekongress für die Dauer seiner Tagung die Immunität der Delegierten beschlossen. Wie die vorstehende Zuschrift zeigt, pfeifen die Organe der Regierung auf diesen Beschluß.

Die neue Braunschweiger Regierung.

Braunschweig, 19. April. (Amtlich)
Die vorläufige Braunschweiger Regierung, die die Geschäfte des Landes bis zum Wiederkunft des Landtages am 21. April führt, besteht aus folgenden Mitgliedern: Minister (Wehrheitsfog.), Finanzpräsident Bertels, Gustav Gerde (Unabh. Fog.), Dr. Jaspert (Wehrheitsfog.), August Junke (Unabh. Fog.), Scholz (Wehrheitsfog.) und Steinbrecher (Wehrheitsfog.). Den Vorsitz führt Dr. Jaspert.

Keine Festschne von Meraes.

Die Nachricht von der Festnahme des Expräsidenten Meraes beschäftigt sich nicht. Es hat sich herausgestellt, daß eine Namensverwechslung vorliegt.

Die Entente erhebt Einspruch.

London, 18. April. (Reuters.)

Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung noch immer mit der Beschlagnahme ausländischer Eigentümerns fortfährt, sandte Balfour eine Mitteilung an Bela Kun, worin er daran erinnert, daß dieses Vorgehen mit der von Bela Kun unterzeichneten und am 4. April an Emuts abgegebenen ausdrücklichen Verpflichtung in Widerspruch steht. Die Ententeregierung werde für die Erfüllung der in ihrem Namen unterzeichneten Verpflichtung verantwortlich gemacht werden.

Die Heftflugblätter Kosses in der Provinz.

Man hat nicht recht gewagt, die aufstehenden Flugblätter mit den verflämmlen Zeichen, die das Generalkommando Lüttich im Auftrage Kosses herstellen ließ, in Berlin selbst zu verbreiten. Statt dessen hat man sie in die Provinz geschickt, damit sie dort ihre vergiftende Wirkung tun.

Wenn diese Wirkung nur nicht ganz andere Folgen hat, als Generale vermuten, die sich solche gemeiner und verrückter Mittel bedienen!

Ergott die rechtssozialistische Presse rüst von dieser Art Agitation ab. Die „Magdeburger Volksstimme“ schreibt:

„Gruelstaten der Spartakisten“, so ist ein illustrieres Blatt betitelt, das heute vormittag auf den Straßen Magdeburgs verbreitet wurde. Es sind entsetzliche Bilder, die dem Beschauer kalte Schauer über den Rücken jagen. Wir können nicht feststellen, ob hier Gruelstaten von wirklichen Spartakisten festgehalten sind. Wir halten aber die Verbreitung dieser Bilder für einen Aufzug, der nur neue Verwirrung in die Bevölkerung trägt. Die Blätter müssen verschwinden. Wir haben genug Korbhüt und übergenug politischen Haß auf der Straße.“

Wirkung beirug. In der Rolle des innerlich gestimmten, vom Leben zum Tode hinwandelnden Sohnes bewachte sich Herr E. Zwardowski als ein durchaus feinsinniger und geschlossener Jünglingsdarsteller. Neben ihm wuch der wüst und dämonisch durchdrachte jungstürmische Wapanser des Herrn Konrad Weidt von unheiliger Gasselei zu eifrigst rhetorischer Größe. Wie jeder selbst sich Herr Kipper in einer (als solcher besonders im letzten Bild nicht schlechten) Wassermarken, als Ritter zeigte Frau Erläuterung in befehlter Größe ihre eindringliche Begleitende können. In kleineren Rollen traten noch besonders Fr. Charlotte Schulz und Herr Lind, der auch die Spielleitung hatte, sympathisch hervor.

Passionsmusik.

Wie alljährlich brachte auch diese Osterwoche Aufführungen der großen Passionswerke von Johann Sebastian Bach. Die Musik zu dem Text des Evangelisten Matthäus wurde einmal, die zum Evangelisten Johannes einmal, und zwar in der Singakademie unter der Leitung von Georg Schumann aufgeführt. Nach Aufführungen der Passionen pflegen die Kenner darüber zu streiten, welches Werk das größere ist. Noch anderer Auffassung ist die Matthäus-Passion unergleichlich reicher und bedeutender, ohne Zweifel das gewaltigste Musikwerk, das es überhaupt gibt. Die Johannes-Passion ist schon insofern der Textunterlage geringeren Umfangs, ärmer an großen Szenen (so fehlt das Abendmahl) und zum Teil auch weniger konzentriert gearbeitet. Aber doch, welche ein Werk! Hier hört alles Irdische, Christentum auf und das erschütternde Leben und der Kreuztod der reinsten Seele verwandelt sich in eine himmlische Darstellung des ganzen Lebensbildes überhaupt. Die Aufführung war gediegen, aber ohne Kackchen, wie immer bei Schumann. Von den Sängern hatte Emma Veitner einen edlen wahrhaft patriotischen Gesangsstil: Seele, Frömmigkeit, können Ernst Georg Walther ist nun ein ganz vollendeter Sänger des Evangelien. Das Werk hinterläßt eine Erhebung wie nur ganz Weniges in der Kunst aller Zeiten und Völker. Wir wünschen daher dringend, daß nächste Ostern eine der beiden Passionsmusiken in einem Kesseltongert aufgeführt wird.

Der Dankbar unter Leitung von Professor Rabel gibt im Rahmen der von der Endels (Neue Deutsche Kammergesellschaft) veranstalteten populären Abende ein Sänger in der Singakademie am Donnerstag den 24. d. M., bei welchem er eine Auswahl der besten Werke zum Vortrag bringen wird.

Vor der Beilegung des Angestelltenstreits.

Das Ergebnis des Streits.

Aus Angestelltenkreisen erhalten wir die folgende kritische Würdigung der Ergebnisse des Streits der Angestellten der Metallindustrie:

A. M. S. Durch die Vereinbarungen vom 18. April zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und der Vertretung der streikenden Angestellten hat ein Kampf sein Ende gefunden, der ein Novum in der gesamten Streikbewegung aller Arbeitnehmer darstellt. In geradezu prachtvoller Geschlossenheit ist dieser Kampf durchgeführt worden. Wenn auch dessen Ergebnisse nicht das gefragt haben, was wohl allseitig erwartet wurde, so muß doch gesagt werden, daß allein schon die Tatsache, daß die so verschiedenartig zusammengesetzte Angestelltenchaft zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Kapitalismus sich emporgeworfen hat, ein Erfolg von allergrößter Tragweite für die künftige wirtschaftliche und politische Entwicklung ist. Die Arbeiterschaft hat dem Ausgang dieses Kampfes mit gespanntester Aufmerksamkeit entgegengeesehen, war doch von vornherein klar, von welcher einschneidender Bedeutung der Verlauf dieser Bewegung für den Ausfall eines freiheitlichen Arbeiterrechtes werden mußte. Die Präjudiz, die hier zu schaffen war, muß der Ausgang werden für die weitere Demokratisierung der Betriebe, bis deren vollständige Sozialisierung möglich geworden ist.

Was erreicht worden ist, ist also zweifellos auch in materieller Beziehung ein Fortschritt. Aber gerade deshalb muß man vermeiden, auch nur einen Augenblick sich der trügerischen Auffassung hingeben, als ob die Formulierung der Vereinbarung allen Wünschen und vor allem den berechtigten Ansprüchen der Angestellten genügen könne. Von einem wirklichen Mitbestimmungsrecht kann noch keinesfalls die Rede sein. Einige Sätze der Vereinbarungen sollen hier deshalb einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden.

Mit der Bestimmung, die Geschäftsleitung ist verpflichtet, dem Angestelltenauschuss „von jeder Neueinstellung Kenntnis zu geben“, ist gesagt, daß der Angestelltenauschuss keinen Anspruch hat, vor dem Engagement gehört zu werden, also auch keinerlei Einfluß auf die, diesem vorausgehenden Verhandlungen. Er ist lediglich von der Tatsache, daß der Arbeitgeber eine Einstellung vorzunehmen, zu unterrichten und kann hier widersprechen, aber auch nur dann — wenn wichtige berechtigige Interessen der Angestellten oder des Betriebes dadurch verletzt werden. — Das ist eine weitere, erhebliche und sehr zu beachtende Einschränkung, denn es wird nicht leicht sein, hier die wirklichen Interessen der Angestellten von denen der Firmenleitung zu trennen. Diese kaufmännische Bestimmung kann und wird dort, wo der Angestelltenauschuss nicht die Masse der Angestellten vollständig hinter sich hat, dazu führen, daß dieses Mitwirkungsrecht völlig illusorisch und zu einem bloßen Formalrecht wird. Unter Angestellte in „leitender Stellung“ sollen nach einem Kommentar, den der Reichsminister Bauer gegeben hat, sinngemäß alle diejenigen Beamten zu verstehen sein, die Leitungsfunktionen ausüben, welche der der Direktoren usw. gleich, also nicht Betriebsingenieure, Abteilungsleiter und Bureauvorsteher mit einem beschränkten Wirkungskreis, wohl aber Leiter von Abteilungen und Betrieben, die so groß sind, daß sie als Direktionsvertreter in vollem Umfange angesehen werden können. Auch dieses ist eine Unklarheit, die zu reichlichen Differenzen Anstoß geben wird.

Die Prüfung der von dem Unternehmer vorgenommenen Neueinstellungen ist nicht dem ganzen Angestelltenauschuss unterworfen, sondern lediglich einem Vertrauensmann, den der Ausschuss zu ernennen hat und der mindestens 25 Jahre alt sein muß. Diesem Vertrauensmann ist die unbedingte Vertrauenshaft auferlegt, und nur in dem Falle, wo er glaubt, daß wichtige, berechtigige Interessen der Angestellten und des Betriebes verletzt werden, hat er das Recht, dem Ausschuss Mitteilung zu machen. Eine neue Einschränkung, die zweifellos dazu führen wird, daß dieser Vertrauensmann die Führungsnahme mit dem Angestelltenauschuss verliert und zu einem Direktionsvertreter wird. Es wird so, statt, daß das Vertrauen der Angestelltenchaft zu dem Ausschuss gestärkt wird, das Gift des Mißtrauens gegen diesen Vertrauensmann, der ja seine Maßnahmen nur in sehr wenigen Fällen gegenüber seinen Kollegen zu begründen in der Lage ist, hervorgerufen. Es soll zugegeben werden, daß die Regelung hier schwierig liegt, aber daß diese Vereinbarung eine befriedigende Lösung der Frage bringt, muß als ausgeschlossen betrachtet werden.

Eine der wesentlichsten Einschränkungen des Mitbestimmungsrechtes bei Kündigungen und Entlassungen ist aber die, daß der Einspruch des Angestelltenauschusses ohne aufschreibende Wirkung ist und ebenfalls wieder die Kaufschußbestimmung enthält, daß die Begründung des Einspruchs dahin erfolgen muß, daß die berechtigigten Interessen der Angestelltenchaft des Betriebes verletzt sind. Für diejenigen Angestellten, die von einem derartigen Einspruch betroffen werden und den Schiedsspruch abwarten müssen, ist es ganz unmöglich, bis zu der Entscheidung des Schiedsspruches, der sich durch monatliche Verhältnisse unter Umständen bis gegen Ende des Monats hinziehen kann, eine neue Stellung zu suchen. Es muß durchaus als unbillig bezeichnet werden, daß ihnen zugemutet werden soll, sich auf gut Glück eine andere Stellung zu beschaffen, um dann, wenn der Schiedsspruch zu ihren Gunsten ausfällt, wieder in ihren alten Betrieb hineinzugehen. Außerdem wird in dieser Frage dadurch eine verwirrende Atmosphäre geschaffen. Auch in den Fällen freiwilliger Entlassungen, wo früher viele Maßregelungen und unrechtmäßige Kündigungen erfolgten, ist das Recht des Angestelltenauschusses auf Mitbestimmung durch eine absichtlich unklare Fassung, die jeder Willkür Tür und Tor öffnet, verwehrt.

Trotzdem muß im großen und ganzen ein Fortschritt anerkannt werden. Es wird auf die Angestelltenchaft als ein Novum, welche Auslegung sie diesem Rahmengesetz geben will und ob sie die Macht hat, es weiter auszubauen. In dieser Richtung müssen sofort Bestrebungen einsetzen, die auf das wirkliche Mitbestimmungsrecht abzielen und dieses ausdehnen auf die Produktion, auf alle Fragen des Arbeiterrechtes, besonders aber auf das Recht der Kontrolle der Produktion. Erst wenn dieses erreicht ist, kann von einer wirklichen Demokratisierung der Betriebe die Rede sein. Die Angestellten werden gut

tun, sich dieses Ziel jederzeit vor Augen zu halten und aus der großen Bewegung, in der sie die Schrittmacher einer neuen Zeit gewesen sind, zu lernen.

Vereinbarung.

zwischen dem Verbands Berliner Metall-Industrieller und der Vertretung der beteiligten Angestelltenverbände und der Streikleitung zur Beilegung der Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie.

§ 1. An die Stelle des § 16, Abs. 3, 4 und 5 des Schiedsspruches vom 8. April 1919 treten bis zur Erlangung eines einschlägigen Gesetzes folgende Bestimmungen:

a) Einstellungen

Die Geschäftsleitung ist verpflichtet, dem Angestelltenauschuss von jeder Neueinstellung eines Angestellten Kenntnis zu geben. Dies gilt nicht für die Einstellung von General- und Handlungsbevollmächtigten, von Angestellten in leitender Stellung und von Vertretern der Firma, die in das Handelsregister oder Genossenschaftsregister eingetragen sind.

Gegen jede Einstellung, von der dem Angestelltenauschuss Kenntnis zu geben ist, kann dieser innerhalb fünf Tagen Einspruch erheben, wenn wichtige, berechtigige Interessen der Angestelltenchaft oder des Betriebes dadurch verletzt werden. Die politische Beteiligung eines Angestellten oder seine Zugehörigkeit zu einer Organisation sind Gründe für die Erhebung des Einspruchs abzugeben. Gründe und Beweismaterial für den Einspruch sind bereits in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zum Vortrag zu bringen.

Zur Prüfung der Einstellungen bestimmt der Angestelltenauschuss einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter für den Fall seiner Behinderung. Der Vertrauensmann und sein Vertreter müssen mindestens 25 Jahre alt sein und der Firma seit mindestens drei Jahren angehören oder bei längerem Bestehen der Firma seit deren Gründung. Der Vertrauensmann ist verpflichtet, über die bei Wahrnehmung seiner Aufgaben ihm seitens der Geschäftsleitung gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren. Verletzt er diese Pflicht, oder mißbraucht er sein Amt in anderer Weise, so kann die Geschäftsleitung die Bestellung eines anderen Vertrauensmannes verlangen.

Ist über den Einspruch eine Einigung zwischen dem Angestelltenauschuss und der Geschäftsleitung nicht zu erzielen, so kann letzterer innerhalb 3 Tagen nach Beendigung der Verhandlungen den zuständigen Schlichtungsausschuss anrufen.

b) Kündigungen und Entlassungen.

Die Geschäftsleitung ist verpflichtet, dem Angestelltenauschuss von jeder Kündigung eines Angestellten vor deren Ausspruch Kenntnis zu geben. Dies gilt nicht für die unter a) Abs. 1, Satz 2, genannten Angestelltengruppen.

Der Angestelltenauschuss ist berechtigt, der Kündigung von Angestellten, von der ihm Kenntnis zu geben ist, ohne aufschreibende Wirkung zu widersprechen, wenn er der Ansicht ist, daß wichtige Gründe der Entlassung entgegenstehen, welche die Entlassung als gegen die berechtigigten Interessen der Angestelltenchaft des Betriebes verstoßend oder als eine nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte unbillige Härte gegen den betreffenden Angestellten erscheinen lassen.

Der Angestelltenauschuss ist verpflichtet, die Gründe und das Beweismaterial bereits in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zum Vortrag zu bringen. Ist eine Einigung nicht zu erzielen, so kann der Angestelltenauschuss innerhalb dreier Tage nach Beendigung der Verhandlungen den Schlichtungsausschuss anrufen. Dieser entscheidet endgültig.

Betrifft die Kündigung ein Mitglied des Angestelltenauschusses, so hat dieses Anspruch auf Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zur endgültigen Entscheidung durch den Schlichtungsausschuss, auch wenn diese sich über den Entlassungstermin hinaus verzögert.

In Fällen der §§ 70 bis 72 des SGB, der §§ 133 b und c des Gew.-O. und den §§ 888 des BGB, soll, sofern es die Umstände erlauben, der Angestelltenauschuss ebenfalls benachrichtigt und ihm Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet das zuständige Gericht.

§ 2. Unter der Voraussetzung, daß die Arbeit am ersten Arbeitstage nach Ostem allgemein wieder aufgenommen wird, erkennen die Arbeitgeber an, daß der 18. April und die folgenden Tage als Arbeitstage zu bezahlen sind. Die Angestellten erhalten bei der nächsten Gehaltszahlung außer den regelmäßigen Bezügen einen Vorschuß in Höhe von rund 35 Proz. ihres regelmäßigen Monatslohens. Der Betrag gilt zu je einem Teil als Vorschuß auf die Bezüge der nächsten 10 Monate. Schaltet ein Angestellter vor Ablauf dieser Zeit aus, so gilt der noch stehende Rest als Vorschuß auf den letzten Monat.

Gegen die bürgerliche Presse.

Ungefähr 2000 Angestellte der Kuergeellschaft und ihrer Tochtergesellschaften haben mit Entrüstung von der Haltung der bürgerlichen Presse unter Führung der demokratischen Blätter „Tagblatt“, „Bositzer Zeitung“, „Morgenpost“ und „B. Z.“ im Angestelltenstreit Kenntnis genommen. Sie erheben Einspruch dagegen, daß diese Presse versucht hat, durch entstellte und unwahre Berichte und Verdächtigungen der zahlreicher Unstimmigkeiten in die Angestellten zu tragen und die Bewegung in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Sie empfehlen, den Bezug und den Kauf der genannten Zeitungen fortan zu unterlassen.

Obleute aller Betriebe. Am 1. Osterfeiertage, vormittags 11 Uhr, findet in Harlands Festhöl, Neue Friedrichstraße 36, eine Versammlung der Obleute aller bestreikten Betriebe statt. Hieraus werden spätestens Dienstag überall Betriebsversammlungen abgehalten, und zwar möglichst im Laufe des Vormittags. Es ist anzunehmen, daß diese dann der von den Obleuten gegebenen Parole folgen werden. Lautet diese zustimmend, so wird die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen werden. — A. G. O. - Obleute erscheinen eine Stunde früher.

Streikleitung. Ostermontag, vorm. 9 Uhr, Harlands Festhöl, Sitzung der Streikleitung und der Französisch-Kommission. Der Aktionsauschuss.

Raffel-Schwarztopfwerk. Ostermontag, vorm. 10 Uhr, Betriebsversammlung bei Peiser in Bilden. Abfahrt 9 Uhr, Södeliger Bahnhof.

Werkmeister A.G.O. Fennigsdorf. Versammlung 2. Feiertag, vormittags 10 Uhr, Café Hohenzollern, Regal.

Titanat-Berl. Angestellte und Arbeiter-Ausschuss. d. 22. April. Abfahrt Kripptow: Vorm. 8.37 Uhr Nachhülser bis 10.30 Uhr, Wendenshöl.

Glühlampenfabrik A.G.O. Betriebsversammlung. Dienstag, vorm. 10 Uhr, in der Schwilke, Posthof, Straße 32. Erscheinung aller Angestellten dringend notwendig, 3 Uhr Versammlung erfolgt.

A. G. O. Turbinenfabrik. Betriebsversammlung Montag vormittags 10 Uhr im Moabit Stadtheater, Al-Moabit 47/48.

Angestellte der Fa. Erich u. Graeb, Treptow. Am Dienstag, vormittags 9 Uhr, Versammlung im Rest. Rennbahn.

Angestellte der Fa. W. Gurtl. u. m. b. H., Treptow. Versammlung am Dienstag vorm. 9 Uhr im Rest. Schulz.

Schwarztopf-Angestellte. Dienstag vormittags 8 Uhr Betriebsversammlung in den Borussia-Jälen, Aderstraße 7/8.

Daimler-Motoren-Gesellschaft, Mariensfelde. Versammlung aller streikenden Angestellten und Bodenlöhner am Montag vormittags 9 Uhr im Streikbureau Mariensfelde.

Orenstein u. Koppel. Dienstag früh 9 Uhr entscheidende Personalversammlung, Kammerstraße, Zeltower Straße.

Betriebsversammlung der Angestellten der A. G. O. - Zentralverwaltung, Friedrichs-Platz. findet statt am Dienstag im großen Sitzungssaal F. R. L. pünktlich 8 Uhr morgens.

Kuer-Gesellschaft. Betriebsversammlung am Dienstag vormittags 8 Uhr im K. Laurenti Bellevue, Stralau-Rummelsburg, Hauptstr. 2. Erscheinen aller Angestellten dringend erforderlich. — Sitzung der Streikleitung abends 7 Uhr, ebendasselbst.

E. Lorenz u. G. Tempelhof. Versammlung sämtlicher streikender Angestellten am Dienstag vormittags 10 Uhr im Restaurant Meyer, Tempelhof, Berlinerstr. 78. Stellungnahme zum Einigungs-vorschlag. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Telefunken-Angestellte. Versammlung der Streikenden, Dienstag vorm. 10 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 57. Ausweis mitbringen.

Die Angestellten der Berliner Maschinenbau-A.G., vormals E. Schwarztopf, und der Regensburger Schwachmaschinen-Fabrik, E. m. b. H., versammeln sich am Dienstag, morgens 8 Uhr, in den Borussia-Festhöl, Aderstraße 8/7.

Fritz Werner u. G. Angestellte versammeln sich am Dienstag, vormittags 8 Uhr, im Streiklokal zur Entgegennahme wichtiger Beschlüsse.

Bergmann-Elektrizitäts-Werke, Berlinate Wecl. Die Arbeiter stellen versammeln sich am Dienstag, morgens 8 Uhr, auf der Schillerwiese.

Betriebsversammlung der Angestellten der Julius Fintsch-Werke am Dienstag, 9 Uhr vormittags, in den Andross-Festhöl, Androssstr. 21.

Sämtliche Angestellten der A. G. O. Berlin versammeln sich am 22. April, früh 8 Uhr, auf der Schillerwiese. Die Werkmeister nehmen an der Versammlung teil.

Angestellte der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sämtlicher stillgelegten Werke (Mariensfelde, Pflanzau und Oberpreze). Versammlung am Mittwoch, 23. April, abends 8 Uhr, im Lehrerbereinshaus (blauer Saal).

Samson-Werl. Die Angestellten des Samson-Werks, E. m. b. H., versammeln sich Dienstag, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Vierglode“, Welle-Alte-Str. 100.

Achtung, Angestellte des Siemenskonzerns! Für die Angestellten sämtlicher Werke findet am Dienstag, vormittags 9 1/2 Uhr, im Circus Busch am Bahnhof Börse eine Vollversammlung statt. Die einzelnen Streikauschüsse sind bis 1/2 9 Uhr zur Entgegennahme von Meldungen geöffnet. Legitimationen sind mitzubringen.

Oberhölmerwerke. Für die im Streik befindlichen Angestellten der Werke in Ober- und Niederhölmerwerke findet am Dienstag eine Vollversammlung auf dem Schulhofe Fritschstraße, Ecke Luisenstraße, vormittags 11 Uhr, statt.

Versammlung aller Angestellten der A. G. O. Apparatefabrik Dienstag vormittags 9 Uhr im Lichtspielhaus (Wiltschke), Schönhauser Allee 180.

Autogen-A.G., Wäckerstr. 27. Aufnahme der Arbeit für kaufmännisches Personal Dienstag vorm. 10 Uhr. Betriebsversammlung 11 Uhr im Restaurant „Zum Leuchturm“, Fontanebrunnennade 18. Die Streikleitung.

A. Borsig, Regal. Angestelltenversammlung am Donnerstag früh 8 Uhr im Hofma.

Angestellte der A. G. O., Brunnenscheide. Dienstag vorm. 9 Uhr Betriebsversammlung in der Brauerei Böhm, am Prenzlauer Tor.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen im Bankbeamtenstreit.

Die Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht konnten im Laufe des gestrigen Sonnabends noch nicht zu einem endgültigen Abschluss gebracht werden. Den Vorschlag, für die weiteren Verhandlungen den in der Metallindustrie zum Abschluß gebrachten Vertrag als Unterlage zu benutzen, lehnten die Bankbeamten unter der Begründung ab, daß im Bankwesen die Verhältnisse anders lägen als in der Metallindustrie. Das Mitbestimmungsrecht könne nicht eine bestimmte Kategorie von Beamten umfassen und bei den leitenden Beamten Ausnahmen machen, denn gerade die führenden Posten müßten mit Zustimmung des Angestelltenauschusses besetzt werden. Sehr erschwert werden die Verhandlungen auch durch die Forderung, zugleich mit dem Mitbestimmungsrecht die Frage des Reichstaxifares zu lösen. Es wurde ein Vorschlag gemacht, zunächst nur über das Mitbestimmungsrecht ein Abkommen zu treffen und nach Beendigung des Streits über den Tarif weiter zu verhandeln, der jedoch bei den Angestellten auf Widerstand stieß. Infolgedessen dürften die Verhandlungen sich noch über die Feiertage hinaus ausdehnen.

Die Aussperrung der Staatsarbeiter.

Im Einvernehmen des Reichswehrministers, des Kriegsministers und des Reichsfinanzministers wird folgendes bekanntgegeben:

„Der Streik der Angestellten in den Spandauer Heereswerkstätten ergibt die Unmöglichkeit einer ersprießlichen Arbeit in diesen Betrieben. Sie werden deshalb bis auf weiteres geschlossen. Die Arbeiter werden ersucht, vom Dienstag, den 22. 4. 19, ab bis zur weiteren Mitteilung an den Arbeitshäuten nicht zu erscheinen.“

Die Wohnsprüche der Arbeiter werden voll von der Regierung anerkannt und die Wohnzahlung erfolgt bis auf weiteres in der bisherigen Weise. Jede Störung der Ordnung durch Gewalttätigkeit oder sonstige ungesetzliche Maßnahmen wird auf Grund des bestehenden Belagerungszustandes mit aller Strenge geahndet.

Die Schließung der Spandauer Heereswerkstätten war nach Ansicht der Reichsregierung auch ohne den äußeren Anlaß des Angestelltenstreits aus wirtschaftlichen Gründen dringend notwendig. Selbst wenn es die Lage der Reichsfinanzen gestatten würde, einen Betrieb in ungefährem Umfange des Friedensbetriebes von 1918/14 aufrechtzuerhalten, so könnten doch für eine Arbeiterzahl in dieser Höhe wegen der wesentlichen Vermehrung der Friedenspräsenzstärke von Meer und Flotte Aufträge auf Waffen und Munition nicht in genügender Menge gegeben werden. Es muß deshalb die Umstellung der Spandauer Werkstätten in Friedensbetriebe erfolgen.

Zu diesem Zweck wird die Reichsregierung die bereits be-
gonnene Entmilitarisierung und Neuorganisation sowohl
der Leitung als auch der Betriebsrichtungen beschleunigt
durchführen. Die Reichsregierung wird Sachverständig aus den
Reihen der Fabrikanten, der Arbeiter der Spandauer Werksstätten
und anderer Betriebe, ferner aus den Vertretern der Gewerks-
schaften, insbesondere der Zentralverbände der Metallarbeiter,
Holzarbeiter, Transportarbeiter usw. berufen und ein Organ
schaffen, welches zusammen mit der Reichsregierung diejenigen
Maßnahmen zu beraten und sofort durchzuführen hat, um die
Spandauer Betriebe wenigstens soweit zu bringen, daß sie sich
selbst erhalten können.

Die Finanzen des Reiches gestatten unter keinen Umständen,
daß die Spandauer Werksstätten und andere Staatsbetriebe, so
wie bisher im Laufe eines Staatsjahres, Fehlbeträge von mehreren
hundert Millionen ergeben.

Wegen eine Sozialisierung dieser neuen Betriebe hat
die Reichsregierung nicht eingewendet, falls diese Betriebe erst
gesund und für diese Sozialisierung reif geworden sind. In
jedem Falle aber muß das Ziel die Schaffung neuer Werte sein.
Dabei sollen die berechtigten Interessen der zurzeit dort beschäf-
tigten Kriegesbeschäftigten und der Spandauer Bevölkerung, die
wirtschaftlich vor dem Schicksale der Heereswerksstätten wesentlich
abhängig, entsprechend berücksichtigt werden.

Neue Arbeitsgelegenheiten werden nach Möglichkeit nach-
gewiesen.

Achtung! Spandauer Heeresbetriebe.

Am Dienstag bleiben die Betriebe geschlossen. Arbeiter
erscheinen nicht zur Arbeit. Weitere Bekanntmachungen er-
scheinen in der Arbeiterpresse. Alle bisherigen Abmachungen der
einzelnen Betriebe sind durch einseitige Verhandlungen
eingeleitet. Nähere Nachrichten werden veröffentlicht. Kostens-
arbeiten werden ausgesetzt.

Die Arbeiterräte der Spandauer Heeresbetriebe.

J. K.: Der Zentralarbeitsrat.

Soldat, Bernide.

Generalversammlung der Buchbinder.

Die Jahrsliste des Buchbinderverbandes liegt am
Dienstag in den „Arminhäusern“ eine gutbesuchte außer-
ordentliche Generalversammlung ab. Die Be-
stätigung der Brandentlastungen wurde bis auf die Leitung
der Druckpapierbranche, die nochmals wählen soll, vorgenommen.
Branchenleiter sind folgende Kollegen: Buchbinderbranche
Ezerny, Kartonbranche Gregor, Galanteriebranche Wie-
senhals, Einbandbranche Adamcaul. Außerdem gehören der
Ordnungsverwaltung an: Batomski, Koczielniaf, Marcuse,
Kühde, Schaller und Ulrich. Als Revisor wurde Stein gewählt.

Der Kassierer Zygmist begründete eine Vorlage, die
eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Kranken-
unterstützung und gleichzeitig eine Erhöhung der
Beiträge vorsieht. Er forderte die Mitglieder auf, in der
stimmenden Urabstimmung die Vorlage anzunehmen,
damit die Arbeitslosen und Kranken besser unterstützt werden
können. In der regen Diskussion befürworteten die meisten
Mitglieder die Vorlage.

Ein Antrag Gaerny, für die Generalversammlung das
Delegiertensystem einzuführen, wurde einstimmig ange-
nommen. Zur Ausarbeitung genauer Bestimmungen darüber
wurde eine Kommission eingesetzt. Einstimmig wurde
beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu
lassen. Den Arbeitslosen soll an diesem Tage eine Extra-
unterstützung gezahlt werden.

Kollege Ezerny berichtete über Verhandlungen mit den
Unternehmern über die Feuerzusage, die nur
einen teilweisen Erfolg hatten. Die Mitglieder sollten mehr für
die Organisation werden, damit in Zukunft unsere Forderungen
mit mehr Nachdruck vertreten werden können. In der an-
schließenden Aussprache wurden die bewilligten Zulagen als un-
wünschbar bezeichnet.

Tarifabschluß im Tiefbaugewerbe.

Im Reichsarbeitsministerium haben unter Leitung des Regie-
rungsrats Dr. Söhler mehrstündige Verhandlungen über Abschluß
eines Reichsarbeitsvertrages für das Tiefbaugewerbe stattgefunden,
die am 17. April zu einer Verständigung geführt haben. Der
Reichsarbeitsvertrag, der in ähnlicher Weise, wie der Hochbauarbeits-
vertrag, eine Zwangung durch zeitliche Arbeits- und Lohnkorrek-
turen, bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Verbände.
Die Verhandlungen über die Arbeits- und Lohnkorrekturen sollen
sofort beginnen und die getroffenen Vereinbarungen nach Abschluß
in Kraft treten.

Achtung, Bauarbeiter!

Der Streik der Bauarbeiter dauert fort. Einigungsverhand-
lungen finden voraussichtlich am Dienstag, 22. April, statt.

Das Ergebnis derselben wird den Kollegen in einer im An-
schluß daran anzuberaumenden Versammlung zur Beschluß-
fassung vorgelegt werden.

Die Streikunterstützung kann erst nach Beendigung des Bank-
rottverfahrens ausbezahlt werden. Die Streikleitung.

Der Streik in der Landschaftsgärtnerei.

Die in der Landschaftsgärtnerei tätigen Gärtner, Garten-
arbeiter und Gartenfrauen sind fast verloschen der Streikpartei ge-
samt. Besonders trifft dies für die bei den Firmen der Arbeit-
geberorganisation Beschäftigten zu. Die Lohnforderungen der
Streikenden sind für Junggehilfen 2,25 M., Gärtner noch ein-
jähriger Tätigkeit in der Landschaftsgärtnerei 2,50 M., Garten-
arbeiter 2,00 M., nach einjähriger Tätigkeit in der Landschafts-
gärtnerei 2,25 M., Gartenfrauen 1,50 M.

Die nächste Versammlung der Streikenden ist am 3. Helertag,
Dienstag, 22. April, vormittags 10 Uhr, in den neuen Rathaus-
sälen, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 69.

Die Tagung des Eisenbahn-Arbeiterkongresses Deutsch-
lands findet am 23. und 24. d. Mts., 9 Uhr vormittags, in den
Andreaschulen, Andreasstraße — großer Saal — statt.

Die Arbeitslosen in Neuhagen beschäftigten sich in einer in
der Knechtbräuererei stattgefundenen hartbesetzten Versammlung mit
der Gewerkschaftenunterstützung. Sie wandten sich mit aller Ent-
schiedenheit gegen die Kürzung. Verlangt wird ein Existenz-
minimum; sie erhoben Protest gegen die unerschämten Anwürfe
und die Hege der bürgerlichen Zeitungen inklusive des „Vor-
wärts“ gegen die Arbeitslosen. Die Versammelten gelobten, die
Ergebnisse der bürgerlichen Presse aus ihren Wohnungen zu
entwerfen und nur die aus dem Boden des revolutionären Klassen-
kampfes stehenden Zeitungen zu unterstützen; sie verlangten die
Freigabe der „Roten Fahne“. Protest wurde eingelegt gegen
die Weiterbeschäftigung von wohlhabenden Frauen und Mädchen
bei häßlichen und hässlichen Behörden sowie in Privatbetrieben.

Dem Transportarbeiterverband angeschlossen hat sich das
schlecht bezahlte Stillpersonal der Rennpferde. Während die
Hauptbesitzer und die Jockeys glänzende Einnahmen erzielen,
wird das Stillpersonal mit elenden Löhnen abgefunden. Mit Hilfe
des Verbandes soll ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Handwerkerverammlung im Zirkus Busch. Ostermontag,
vormittags 10 Uhr, im Zirkus Busch Versammlung der reisenden
Handwerker.

Achtung! Anser-Bremse. Die Arbeit wird am Dienstag,
22. April, wie üblich aufgenor. Per. Heiterkeit. Augier.
Wauke.

Bestandungsamt Spandau. Die am 19. im Gewerkschaftshaus
stattgefundene Versammlung der Beschäftigten des Amtes be-
schloß, am Dienstag die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

Friseurgehilfen, Damenfriseur, Friseurin, Perückenmacher,
Haararbeiter und aller im Friseurgewerbe beschäftigten Personal
am Ostermontag, vormittags 10 Uhr, öffentliche Versammlung
im Lehrereinkaufsamt am Alexanderplatz. Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den
Arbeitgebern.

Die Berliner Arbeiterchaft zum Räte- kongreß.

Bestern lagte in den Kammersälen die Vollversammlung der
Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, die der auch die
Arbeiterräte der Kommunen teilnahmen. Die Versammlung be-
schäftigte sich mit dem zweiten Rätekongreß und der Neuwahl des
Berliner Volksrates. Jede auf dem Kongreß vertretene Frak-
tion stellte einen Berichtshalter. Dem ersten Redner der Kom-
munisten wurde eine unbeschränkte Redezeit zugebilligt.

Däutig, der für die U. S. V. D.-Fraktion zuerst das Wort
erhielt, sagte, er wolle eigentlich nicht als Vertreter einer Frak-
tion, sondern als Vertreter des Rätekongresses sprechen. Der zweite
Rätekongreß bedeute gegenüber dem ersten einen kleinen
Fortschritt auf dem Wege zum Rätekongreß, wenn er auch mit
seinen Beschlüssen im einzelnen weniger einverstanden sei.
Seine Zusammenkunft sei unter Berücksichtigung des
Wahlsystems nicht überfordernd. Unter den 136 Mitgliedern der
rechtssozialistischen Fraktion befanden sich 45 Partei- und Gewerks-
chaftssekretäre, die ihrer psychologischen Entwicklung nach in einer
Spezies noch wurzeln, die mit dem 9. November abgeschlossen hat.
Auch die Haltung der Mitglieder des Zentralrates und der
Minister war bezeichnend. Ihren Worten hätte man es nicht
entnehmen können, daß sie jemals Arbeiter gewesen seien. (Lebh.
Zustimmung.) Der Belagerungszustand ist durch den
Kongreß aufgehoben worden. Auch die Berliner Delegierten der
S. V. D. haben entgegen dem Beschluß der Berliner Vollver-
sammlung gegen die Antrag zur Aufhebung des Belagerungs-
zustandes gestimmt. (Lebh. Appl. und Hör. Hör.) Der Fall
Ledebour zeigt die Mentalität der führenden Geister der
S. V. D. Die Aktion gegen den Entlastungsantrag war be-
stimmend, den politischen Gegner zu treffen. Regierung und Will-
kür begehen täglich Ungeheuerlichkeiten. Darüber regt sich kein
Befehlsbefehl auf.

Bei der Erörterung des Rätekongresses schloß es hagehelt
Siede aus den Reihen der Rechtssozialisten auf die Regierung
kein einziger Redner hat die Regierungsbildung auch nur in
Betracht gezogen. Der Antrag Löwen, der nach einigen
Abänderungen zum Antrag der Sozialisten erhoben wurde, will
eine Verquickung des Rätegedankens mit der sozialistischen De-
mokratie, was in der Praxis zu keinem positiven Ergebnis füh-
ren kann. Er soll dazu dienen, den Kapitalismus, der neuen
Zeit anpassend, wieder aufzurichten. Nur das reine Rätekongreß
sei imstande, unser Wirtschaftsleben in einer die Arbeiterchaft
befriedigenden Weise wieder aufzubauen.

Das Referat Kautsky erhielt Gedankengänge, die
auch wir zum Teil anerkennen müssen. Auch er ist dem Räte-
gedanken näher gekommen, wenn es auch etwas langsam geschah.
Der zweite Rätekongreß hat die Arbeiterräte, auch diejenigen in
den Kommunen, grundsätzlich anerkannt. Insofern standen wir
bei der Wahl des Zentralrates vor einer anderen
Situational als am Schluß des ersten Kongresses. Unsern Eintritt
in den Zentralrat machten wir abhängig von der Anerkennung
unserer grundsätzlichen Auffassung über die Stellung des Zentral-
rates und von einer paritätischen Zusammenkunft. Ich persönlich
halte zwar die Parität mit dem Rätegedanken unternehmbar. Von
der getroffenen Vereinbarung gingen die Rechtssozialisten in-
dessen am anderen Tage wieder ab. Sie hielten sich nur zehn
Sätze zu. Leider waren auch einige Genossen in unseren eigenen
Reihen bereit, darauf einzugehen. Diese verkennen, daß bei dem
Rätekongreß ganz andere Unponderabilien in Frage kommen als die
plumpe Zahl. Nachdem auch unser Antrag auf geheime Abstimmung
nach dem Verhältniswahlsystem abgelehnt worden war, mußten
wir im Interesse der revolutionären Meinlichkeit eine Beteiligung
am Zentralrat ablehnen. (Zustimmung.) Einige Rechtssozialisten
haben ein großes Interesse an unserer Mitarbeit im Zentralrat.
Sie halten immer noch sieben Plätze für uns frei. Sie müßten
sich aber noch sehr viel ändern, wenn wir sie besetzen wollen.

Der Kongreß hat ein grundsätzliches Bekenntnis zum Räte-
system abgelegt. An den Räten ist es jetzt, ihr ihre Rechte zu
verschaffen, wo sie nur können. Genosse Däumig setzt sich zum
Schluß seines Berichtes mit einigen bürgerlichen Pressestimmen
über den Kongreß auseinander und wendet sich gegen die ge-
walttätigen Methoden der Regierung. Sie sollte die Worte, die
Goethe an Edermann gerichtet habe, daß an Revolutionen nie-
mals die Ullter, sondern stets die Regierungen schuld seien, beher-
zigen. (Starker Beifall bei der Mehrheit der Versammlung.)

Joelsohn (S. V. D.) sah die Aufgabe des Kongresses
darin, einen Weg zu finden, um die Revolution zum Sozialismus
die auf einem toten Punkt angelangt sei, fortzuführen. Infolge
der Uneinigkeit des Proletariats mußte die Regierung sich auf
die Bürgerlichen stützen. (Lebh. Widerspruch.) Wir seien uns
einig im Ziel (Widerspruch); nur über den Weg bestehen
Reinigungsverschiedenheiten, die aber nicht mit der Gewalt aus-
getragen werden dürfen. (Lebhafte Zurufe: Raus!) Es muß eine
Brücke zwischen Demokratie und Diktatur gefunden werden. Die
jetzige Regierung stützt sich zweifellos auf breite Schichten des
Volkes. (Lebh. Widerspruch und Auf: Auf Raus!) In Zukunft,
wie wir sie gegenwärtig haben, kann jede Regierung sich nur
durch Gewalt behaupten. Wenn die Arbeiter alle Macht haben
sollen, müssen sie auch das Wissen besitzen. Es zu er-
werben, dazu bieten die Arbeitsgemeinschaften Gelegenheit.
Wenn die Arbeiter sich in den Arbeitsgemeinschaften nicht durch-
setzen können, dann gibt es für sie doch noch ein Mittel, den General-
streik. (Stürmische Heiterkeit.) Und jetzt: gelte es, die Re-
gierung durch gemeinsames Handeln der
Arbeiter abzuschaffen. (Lebhafte Rufe: Sie wollen sie
abklopfen?) Gewiß! (Zuruf: Dann hätten Sie auf dem Kongreß
anders handeln müssen.) Der Ton macht die Musik, den wir auf
dem Kongreß angeschlagen haben, zeigt, daß der Zeitpunkt zum
gemeinsamen Vorgehen gegen die Regierung gekommen ist.
Dorum rufe ich wie Kautsky den Proletariern Deutschlands zu:
Seid einig! (Lebhafte Beifall bei den Rechtssozialisten.)

Dr. Richardis (Demokrat) kritisiert zunächst das Wahl-
reglement des Zentralrates, das dem Rätegedanken nicht Rechnung
trage. Die politischen Erörterungen über den Völkerverbund bedauerte
er. Den Antrag der U. S. V. lehnten die Demokraten ab, da er
sich ausschließlich auf das Rätekongreß stütze. Ebenfalls konnte
sie für den Antrag der Rechtssozialisten stimmen, der nur eine
Verhinderung der Gesetzgebung und eine heillose Konfusion in der
Gesetzgebung anrichten würde. Das arbeitende Volk muß einen
Einfluß auf die Produktion erhalten, der die Omnipotenz und die
Autokratie der Kapitalisten in einen durch das Interesse der Allge-
meinheit gebotenen Rahmen zurückdrängen. Auch wir Demo-
kraten stehen zum Rätegedanken als Zusammenfassung und
Repräsentation aller schaffenden Kräfte.

Hersfurth (Kommunist) polemisiert gegen Richardis. Auf-
gabe der Arbeiterkräfte sei es, die Kapitalisten überhaupt abzu-
schaffen. Joelsohn hat den Widerspruch, der zwischen Rätekongreß und
Nationalversammlung liegt, drastisch zum Ausdruck gebracht. Die
Rechtssozialisten müßten erklären, daß sie ihre Regierungsbereit-
schaft abgeben, wenn sie den Willen des Rätekongresses nicht durch-
setzen. Der Rätekongreß war nur ein Popanz, denn über die
Ausführung seiner Beschlüsse entscheide die Nationalversammlung.

Hersfurth (Kommunist) polemisiert gegen Richardis. Auf-
gabe der Arbeiterkräfte sei es, die Kapitalisten überhaupt abzu-
schaffen. Joelsohn hat den Widerspruch, der zwischen Rätekongreß und
Nationalversammlung liegt, drastisch zum Ausdruck gebracht. Die
Rechtssozialisten müßten erklären, daß sie ihre Regierungsbereit-
schaft abgeben, wenn sie den Willen des Rätekongresses nicht durch-
setzen. Der Rätekongreß war nur ein Popanz, denn über die
Ausführung seiner Beschlüsse entscheide die Nationalversammlung.

Die wird sich aber halten, einen Teil ihrer Macht an die
Arbeit abzugeben, und darum laufe der Kampf darauf hinaus,
Berg mit der Nationalversammlung, alle Macht den Arbeit-
räten!

Das Referat Kautsky habe erneut bewiesen, daß er als
nationaler Verräter des Marxismus jeden Kontakt mit
revolutionären Massen verloren hat. Die Haltung des
in den politischen Fragen des Belagerungszustandes und
bourgeois usw. war schändlich. Die Schamröte müßte ihnen
Rechtssozialisten ins Gesicht steigen, daß sie nicht schon längst
ihren Führern aufgetraut haben. (Lebh. Beifall.) Wer
(zu den Rechtssozialisten) die Arbeiterkräfte neben die
Versammlung stellen wollen, warum haben Sie dann nicht die
Immunitätsklärung der Delegierten des Rätekongresses
stimmt, die Sie für die Mitglieder der Nationalversammlung
selbstverständlich betrachten. Mit dem Belagerungszustand
jeder Ziel variieren (Rufe: München! und stürmischer Beifall)
den Rechtssozialisten, in den auch die ganze Versammlung
stimmt). Der Vorsitzende Richard Müller unterbrach
Redner und erklärte, unter stürmischer Heiterkeit: Ich fordere,
daß Rechts und Links einig sind.

Hersfurth (Kommunist) hat Ihre Zustimmung haben
zugeben, daß Ihre Regierung aus lauter Eitelkeit
müßiger Beifall bei der Mehrheit. Hersfurth wendet sich
Schluß gegen die U. S. V., die in ihrem rechten Abgel
Parlamentarismus und Diktatur hin- und herwankt. Sie
äußert sein Mißtrauen gegenüber dem neuen Zentralrat und
langt vom Berliner Volksrat, daß dieser besser
übernehme.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Zum
„Neuwahl des Volksrates“ weist Müller auf die
vorherrschenden Neuwahlen der Arbeiterkräfte hin, welche ein
Wahlrecht, das die gesamte wertvolle Bevölkerung
Parlamentarismus und Diktatur hin- und herwankt. Sie
äußert sein Mißtrauen gegenüber dem neuen Zentralrat und
langt vom Berliner Volksrat, daß dieser besser
übernehme.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Zum
„Neuwahl des Volksrates“ weist Müller auf die
vorherrschenden Neuwahlen der Arbeiterkräfte hin, welche ein
Wahlrecht, das die gesamte wertvolle Bevölkerung
Parlamentarismus und Diktatur hin- und herwankt. Sie
äußert sein Mißtrauen gegenüber dem neuen Zentralrat und
langt vom Berliner Volksrat, daß dieser besser
übernehme.

Nach dem Schluß der Versammlung gingen noch einige
Träger ein. Hersfurth beantragte eine Resolution,
gegen die „Umfassung des ursprünglichen Sinnes der
feier durch die mehrheitssozialistischen Regierungsbereit-
protestiert und verlangt, daß der 1. Mai als ein Tag
geschlossenen leidenschaftlichen Proletariats gegen die
Ebert-Scheidemann und ihrer sucheladene Herrschaft
den Antrag abzulehnen, da die notwendige Diskussion nicht
finden könne. Die Versammlung beschloß demgemäß,
furcht protestiert dagegen. Ein weiterer Antrag Hersfurth
Volksrat zu erlösen, die Neuwahl aller Arbeiterkräfte der
Betriebe und Berufsgruppen so bald wie möglich vorzunehmen,
hierbei die Arbeitslosen in voller Zahl zu berücksichtigen,
angenommen. Ein Antrag, dem Volksrat einen rechtlichen
Berater zur Seite zu stellen, wurde verlegt. In einer
stimmig angenommenen Resolution wurde den für die
bestimmungsrecht kompetenten Angehörigen Sympathie ausgedr-
cken. Die Versammlung, heißt es dann weiter, „erwarte
der Streik der Kräfte, der erste Schritt zur
einer Einheitsfront aller Hand- und Kopfarbeiter ist. Die
Arbeiter werden ihre kämpfenden Arbeitskräfte tatkräftig
führen, was zur Zeit am besten geschehen kann durch
Bringung materieller Mittel für die Streikenden. Die
ungung aller Kopf- und Handarbeiter verwickelt die Verwirklichung
des Sozialismus.“

Die nach Schluß der Versammlung durch geheime
Stimmung vorgenommene

Neuwahl des Volksrates

hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 657 Stimmen,
von denen 5 unglücklich. Auf die Reaktionen entfielen 11
U. S. V. D. 212, S. V. D. 164, Kommunisten 108, Demo-
kraten 73

Demnach erhalten Sie im Volksrat: U. S. V. D.
Müller, Däumig, Ledebour, Wegmann, Kautsky,
Kalsahn, Marx, Neumann, Sommerfeld,
den Genossen Ledebour tritt Wendt an seine Stelle. S. V. D.
Ranow, Amend, Brodat und Büchel, Kommunisten
Lange und Rosa. Demokraten 1: Kötter.

Dazu kommen noch Vertreter der Soldaten und der kom-
munalen Arbeiterkräfte und zwar für die U. S. V. D. 3 Soldaten
2 kommunale Arbeiterkräfte, für die S. V. D. 3 Soldaten
3 kommunale Arbeiterkräfte, für die U. S. V. D. 3 Soldaten
Arbeiterkräfte, so daß die Stärke der einzelnen Fraktionen bei
27 Mitgliedern bestehenden Volksrates nunmehr folgen-
maßen ist: U. S. V. D. 12, S. V. D. 2, Kommunisten 4,
Demokraten 1 Vertreter.

Aus dem Gemeindeleben.

In den Gemeindeparlamenten herrscht reges Leben. In
neuzugewählten Gemeindevertretungen versuchen
Genossen, an der Reuehaltung der Dinge zu arbeiten und
sozialistischen Geistes zu wirken. Zunächst gilt es, die
eine wirkliche Arbeit freizumachen. Heute sind die Gemein-
den nach allen Richtungen hin gehemmt und in Besseln erlegt.
Kesseln gilt es zu sprengen. Wenn die preussische Verfassung
nicht sehr bald die Gemeinden von den Ketten befreit, in die
heute noch geschlagen sind, werden unsere Genossen auch nicht
Konflikten zurückschrecken, um die haßlichen Organe zu
Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu geben. Zunächst
es noch um die Magistrats- und Schöffen, die die alten
freiwillig nicht weichen wollen. Aber Ausdauer führt auch
zum Ziel. Das hat sich schon in verschiedenen Gemeinden
und wird sich noch weiter zeigen, wenn unsere Genossen sich
unerbittlich bleiben. Daneben geben die unabhängigen
daran, im Augenblick bei der miserablen Finanzlage, in die
wende Krieg die Gemeinden gebracht hat, zu tun, was sie
breite Masse der Bevölkerung zu tun notwendig ist. Jeder
richtig aus den Gemeinden zeigt, daß unsere Vertreter
dran sind, in diesem Sinne zu arbeiten.

In Wilmersdorf wurde gelegentlich der Stifter-
von dem Rechtssozialisten Holz der rückschrittliche Geist der
haltung und vor allem die Wohnungspolitik kritisiert.
Demokrat Reichholz bemängelte, daß der Magistrat
von 70 Millionen Mark ohne Befragen der Stadtbewohner
Versammlung aufgenommen habe, und diesem Demokraten
es auch vorbehalten, eine Klippe gegen den kommunalen
Beiratsrat zu reiten, dessen alsbaldige Abschaffung er
fordert.

Genosse Reichschied betonte demgegenüber die
Bedeutung der Beibehaltung des Arbeiterrats und verurteilte den
realen Nazismus, aus welchen Gründen ein Sozialist
Rätekongreß eintraten müßte. Reichschied begründete im
Erklärung des Magistrats, daß er seine Komit zur
Stelle, verlangte die allgemeine Durchführung der Wohnung-
Stadträte und Dienstverpflichtung an die Stadtbewohner.
berdeute des weitern, daß die Selbstverwaltung sich ein
Publikationsorgan schaffen und sich dadurch von der reaktion-
„Wilmersdorfer Zeitung“ löse. Der Redner ging dann auf
wählende Räte der Tuberkuloseerkrankungen ein, forderte
gesunder Wohnungspolitik, einen besseren Ausbau der
fürsorge, Neuförman im Armenhaus und Asyl für Obdach-
lose, händige Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung
kritisierte scharf die deutsche nationale Kapitalisten in den
Schulen. Der Notwendigkeit, den kommunalen Einkommen-
zuschlag auf 200 Prozent zu erhöhen, können sich die Kin-
digen nicht verschließen, aber Reichschied erinnerte daran, daß

Erwähnen früher soziale Reformen mit Rücksicht auf die Be-
lastung des Stadtbürgers abgelehnt hätten, und wie sehr infolge
des Krieges und um die Kriegszustimmung zu erhalten, schicklich
aus dem Wollen gewirtschaftet worden sei. Im übrigen ersuchte
er den Magistrat, einen Entwurf zur Besteuerung der
Spielclubs auszugeben. Der Etat ging an eine Kom-
mission von 20 Mitgliedern in die von den Unabhängigen die
Genossen Freilich und Hilbig entsandt werden.
In Weihenau behandelte Genosse Baub die Steuer-
politik der Gemeinde, die 280 Prozent Zuschlag erheben will. Ein
Dietel aller Steuerzahler sei arbeitslos. Die Lage der Arbeiter-
schaft am Orte sei sehr schlecht. Er schlägt vor, die Amortisation
der Anleihen, die ein Dietel aller Einnahmen verdrängen, auf
ein weiteres Jahr zu verschieben. Die Finanzkommission sei eine
hohe der Durchhaltepolitik, wobei er mit den Rechtssozialisten
hinsichtlich abstimme.

Ein Antrag unserer Genossen, den 1. Mai als Feiertag für
familiäre kommunalen Arbeiter und Angestellte, auch für die
Schulen, zu erklären, wurde angenommen.
Die Schwestern erklärten, daß sie ihre Mandatniederlegung
wieder rückgängig machen, da die Bedingungen, unter denen die
Erfüllung erfolgte, nicht eingehalten seien. Das führte zu einer
lebhafte Debatte, in der selbst bürgerliche Vertreter sich gegen
das Verbot an der Schwestern aussprachen. Die vorerwähnte Neu-
wahl der Schwestern soll trotzdem vorgenommen werden.
Die Finanzkommission schlägt vor, die Besoldung der Hilfs-
kräfte wie im Kriege auch im kommenden Jahre nochmals aus
dem Kriegsfonds zu entnehmen. Es kann dann der Steuerfuß
auf 200 Prozent ermäßigt werden. Den Anträgen der Unab-
hängigen zufolge wurde in den Etat noch eine erhebliche Er-
höhung der Beiträge für das städtische Armenpflege und
eine Veranschlagung der Summen für ungenügend
abgegebenen Vermittler aufgenommen. Hieraus wurde der
Etat einstimmig angenommen.

In Rowow wurden die Schwestern Neumann und Schulz
in ihr Amt eingeführt. Beide sind Mitglieder der Unabhängigen
Partei. Auf Antrag der Unabhängigen Partei wird beschlossen,
am 1. Mai alle öffentlichen Gemeindebetriebe und Institute ge-
schlossen zu halten. Der Abbau der Vorkurskassen, den unsere
Genossen beantragten, soll dahin erfolgen, daß von Ostern 1920
an neue Schüler nicht mehr aufgenommen werden. Genosse Neu-
mann stellt mit, daß den Arbeitern das Recht zustehe, Lebens-
mittel zu enteignen. Dem auch in Rowow grassierenden Lebens-
mittelmangel müsse entgegen zu Leibe gegangen werden. Mit
dem Bau eines zweiten Promenadenweges als Rastplatzarbeit
wird demnach befohlen. In der Wasserwerkangelegenheit
haben die beteiligten Gemeinden eine Erhöhung des Wasserpreises
nahme des Wertes in öffentlichen Hand als notwendig
abgelehnt, aber beim Ministerium die Übernahme des Wertes in
öffentliche Hand beantragt. Die Gebühren für Aufnahme in das
Kriegerdenkmal sind für Erwohrene von 2 auf 3,50 M., für
Kinder von 2 auf 2,50 M. erhöht.

Groß-Berlin.

Ein neuer Triumph.

Das Sicherheitsbataillon 301en, das noch selbstgewählte
Führer hatte, und während der ganzen Revolution treu seinen
Pflichten verblieben, wurde in der Nacht zum 8. April von Regierungstruppen
im Schlafe überfallen. Die Mannschaften wurden
aus den Betten gerissen, mit Waffen bedroht, und mußten die
gemeinsamen Ausrüde über sich ergehen lassen. Sämtliche Räume
und Behälter wurden durchsucht. Dabei ließen die Führer der
Kompanie Verlegenheiten, Briefstücken, Gerichte, Schürhübe,
Mäntel und andere Bekleidungsstücke verschwinden. Einem Unter-
offizier wurden allein 600 Mark gestohlen. Verkleidete
Offiziere sahen dem Treiben der Soldaten lächelnd zu. Sogar
Waffen wurden festgesetzt, um eine Garantie für sicheres
Verhalten zu haben, obwohl die Mannschaften des Sicherheits-
bataillons gar nicht daran dachten, sich zu wehren.

Nach der Drangsalierung der Wachtleute wurden die Türen
der Bekleidungskammern erbrochen und von den Be-
sitzenden des Bataillons ein erheblicher Teil, namentlich Hüfen,
Hüte, Mäntel, Wäsche, Strümpfe, Socken und Schuhwerk ge-
stohlen. Auch Zivilanzüge liehen die traurigen Wurfen
mitgehen, desgleichen Wein und verschiedene Lebensmittel.
Der Überfall wurde von einer Abteilung des Freikorps
Drey ausgeführt. Die Kommandantur war von dem
Kriegsamt nicht unterrichtet. Die Abteilung hat vollkommen
selbständig gehandelt, aber ihr Verbrechen ist anderntags sanktioniert
worden und das Sicherheitsbataillon wurde für aufgelöst
erklärt.

Der Vorgang hat in Berlin unter der Bevölkerung große Er-
starrung hervorgerufen. Eine Versammlung, die sich am
vorigen Sonntag mit der Angelegenheit befaßten wollte und von
beiden sozialdemokratischen Parteien einberufen war, wurde
kurzerhand verboten. Raschenergewehre verperrten den
Eingang, die ganze Stadt war von waffenstarken
Patrouillen überfüllt, um die Bevölkerung zu verblenden,
gegen einen Gewaltakt des Militärs zu protestieren.
Das ist der Geist des großen Heldentums, der von Sieg
zu Sieg wächst und mit jeder neuen Tat die Schar seiner Gegner
vergrößert.

Soldatenräte des III. Armee Korps.

Die nächste
Delegierten-Versammlung
Amtlicher Soldatenräte III. A. R. findet am Donnerstag,
den 24. April 1919, vormittags 10 Uhr, im Saal 6 des
ehemaligen Herrenhauses in Berlin, Leipziger Straße, statt.
Tagesordnung:
1. Bericht des Korpsfeldatenrats.
2. Bericht über den Klotekongreß.
3. Beschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Der Korpsfeldatenrat,
Lude Schimmel.

Achtung! Soldatenräte der U. S. V. D.!

Eine Beschlusssitzung aller auf dem Boden der U. S. V. D.
bestehenden Soldatenräte findet am Mittwoch, den 23. April, nach-
mittags 8 Uhr, im Saal 18, in den Zellen 23, statt.
Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.
J. A. Kibrecht

Rundgebung der Kriegsbeschädigten.

Eine Rundgebung der Kriegsbeschädigten und Lazarettinsassen,
an der sich ungefähr 500 Personen beteiligten, war gestern
Beteiligung vor dem Kriegsministerium beantragt worden. Eine
Reihe von Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten, begab
sich ins Sanitäts-Departement, um dort die Forderungen der
Kriegsbeschädigten vorzutragen. Es wird verlangt: die Durchführung

der Bestimmung über die Herabsetzung der Wohnung und bürger-
liche Gleichstellung in bezug auf Wohnung und Verpflegung mit den
Truppen der freiwilligen Regimenter, ferner für die von der Ent-
lassung bis zum Abschluß des Rentenverfahrens für den Fall der
Erwerbslosigkeit die Gehaltssätze in voller Höhe der Erwerbslosen-
unterstützung, und eine Erhöhung der Familienunterstützung.
Mit aller Entschiedenheit wird gegen die geplante Abschaffung der
Soldatenräte protestiert.

Von dem Vertreter des Sanitätsdepartements, Oberarzt
Schulze, wurde sein Eintreten für die sofortige Erfüllung
dieser Forderungen und die Abänderung der bestehenden Ver-
hältnisse zugesichert.

„Entwaffnung“ von Regierungssoldaten.

Die Behauptung, daß ein unbewaffnetes junges Mädchen
schwer bewaffnete Regierungssoldaten mit Gewalt entwaffnet
haben könne, findet jeder Mensch unglauwbärg und lächerlich.
Die Anklagebehörde des außerordentlichen Kriegsgerichts hielt aber
doch eine solche Möglichkeit für vorhanden und klagte die Arbeiterin
Lina Stodisch wegen schweren Antruds an, weil sie
selbständig Regierungstruppen entwaffnet haben soll. Die An-
klage behauptet weiter von ihr, sie sei eine überzeugte
Spartakistin, was dadurch bewiesen wäre, daß bei ihr zwei
Postkarten mit Photographien von Karl Liebknecht und Rosa
Luxemburg gefunden wurden. Auch habe Stodisch nach
Zeugenaussagen sich als Spartakistin ausgegeben und gesagt:
„Liebknecht ist der richtige Mann für das Volk.“ Aus allen diesen
Gründen ergebe sich, daß man ihr die Tat, die ihr zur Last gelegt
wird, zutrauen könne. Die Beweisaufnahme ergab, daß die
Angeklagte auf der Straße einen Stahlhelm in der Hand ge-
tragen hat, der ihr von stehenden Regierungssoldaten in die
Hand gedrückt worden ist. Der Helm wurde ihr von einem
jungen Mann weggenommen und abgeliefert. Trotz dieses harm-
losen Tatbestandes bleibt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht
und beantragt sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger
Dr. Friele beantragte die Freisprechung, da der Angeklagten
keine Entwaffnung nachgewiesen worden ist. Eine Verurteilung
wegen der vom Ankläger behaupteten, aber auch nicht nachgewie-
senen spartakistischen Gesinnung kann nicht erfolgen, da diese ja bis
heut noch straflos sei.

Das Kriegsgericht I erkannte auf Freisprechung und
sofortige Haftentlassung.

Bekannt ist es für die Justiz im „freiherrlichen Deutsch-
land“, daß man, aus den von der Anklagebehörde angegebenen
Gründen, überhaupt eine so schwere Anklage erheben und die An-
geklagte sechs Wochen im Untersuchungsgefängnis gefangen-
halten kann. Ob das vor der Revolution möglich gewesen wäre?

Pflichtige Andachtsamkeit.

Am Freitag wurde in Lantow der Schuhmacher Wilhelm
Nichter begraben. Viele Arbeiter, Parteigenossen und persön-
liche Freunde gaben ihm das letzte Geleit.

Es entsprach dem Wunsche des Verstorbenen, ohne kirchliche
Beihilfe bestattet zu werden. Die Kirche rächte sich dafür. Sie
machte den Leidtragenden den Zutritt zur Leichenhalle unmöglich.
Am Grabe forderte der Totengräber laut auf, ein Gebet für den
Toten zu sprechen. Im ersten Augenblick hielt man das für eine
Taktlosigkeit; es stellte sich aber gleich heraus, daß es eine gewisse
Provokation war. Einen Nachruf, den ein kommunistischer Partei-
genosse zu sprechen sich anbot, suchte der Totengräber mit
Gewalt unmöglich zu machen, indem er dem Redner die um das
Grab liegenden Wägen unter den Fühen wegzuweichen suchte. Nur
der Pastor dürfte reden, sagte er. Infolge des Unwillens der
Trauernden mußte der Totengräber sein leichtsinniges Ver-
halten schließlich aufgeben, so daß der Nachruf gehalten werden
konnte.

Die Gemeindeverwaltung wird dafür sorgen müssen, daß solche
Ausstellungen seitens des von der Kirchenbehörde beauftragten
Totengräbers nicht wieder vorkommen.

Arbeiterräte! Betriebsräte! Funktionäre aller Branchen!

Der Aufruf über allgemeine Wohnungs- und Gewerbe-
tagung ist von Mittwoch, den 23. April, auf Son-
abend, den 26. April, 7 Uhr abends, Turmstr. 19,
bei Professor Berninghoven, verlegt worden.

Der Volksrat. freie Hochschulaemide.
Gen.: Däumig. Gen.: Ritter-Schwab.

Die freie Turnbewegung.

Die Arbeiterturner haben sich in Berlin im Turnverein
Nichte zusammengeschlossen. Sie gehen von dem Gedanken aus,
daß in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist wohnen
wird. In der deutschen Turnerschaft darf ein aufgellärter
Arbeiter nicht länger Mitglied bleiben.

Bei den Wahlen zum Vorstand haben die Mitglieder Anhänger
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei oder Kommunisten
gewählt. Das paßt den Mehrheitssozialisten nicht, die sonst immer
vorgeben, auf dem Boden der Demokratie zu stehen. Sie fügen
sich dem Mehrheitswillen nicht, den sie sonst so verberischen, und
wollen für sich allein gehen. Aus diesem Grunde sei besonders auf
diese Jersplitterungsarbeit hingewiesen, die von dieser Seite be-
trieben wird. Vor allen Dingen werden die Arbeiterkern darauf
aufmerksam gemacht, auf die Schülerabteilungen zu achten, die
ihre Kinder besuchen. Wer sich nicht im klaren ist, ersäht näheres
bei dem Genossen Krotter, Vorsitzender des Turnvereins Nichte,
Heldenstraße 17, und bei B. Dieck, Stalauer Allee 25,
Kreisvertreter des U. S. V.

Sped in Sicht.

Die amerikanischen Schweinefleischprodukte gelangen erstmalig
in der Woche nach Ostern zur Verteilung. Auf den Kopf der Be-
völkerung entfallen wöchentlich 120 Gramm, die zum Preise von
1,85 Mark auf Abschnitt A1 der Einfuhrzulassungen von den
Schächtern abgegeben werden. Zur Ausgabe gelangt zunächst
fetter Sped mit Knochenbeilage (Herberbein) und magerer
Sped. Da Trichinenfreiheit nicht gewährleistet
werden kann, wird dringend empfohlen, diese Schweine-
fleischprodukte nur in gekochtem oder gebratenem
Zustande zu genießen.

Achtung! Die Referenten und der gesamte Vorstand
der U. S. V. D. Arbeiterräte treffen sich am Dienstag, den
22. April, nachmittags 4 Uhr, in den Zellen 23, Redner-
kurse um 7 Uhr abends.

Wegen anonyme Anzeigen wendet sich das Berliner Polizei-
präsidium. Es teilt mit, daß eine große Anzahl Anzeigen ein-
gehen über Wucher und Schleichhändlerwesen, leider anonym.
Damit könne nicht viel angefangen werden, zumal sich ergeben
hätte, daß bei 90 Prozent dieser Anzeigen kein Erfolg zu ver-
zeichnen sei. In Zukunft könne anonymen Mitteilungen nicht
mehr nachgegangen werden, es bittet in allen Fällen um Angabe
von genauer Adresse.

Neben die Freiwilligenkorps und ihre Rolle gegen die Ar-
beiterschaft haben zahlreiche Betriebe in stark besetzten Versamm-
lungen sich mit Entrüstung geäußert. Die Arbeiter lehnen es
ab, in Zukunft mit Beuten zusammenzuarbeiten, die sich zu diesen
Zweckdiensten hergeben. Wir sind zu unserm Bedauern in-
folge Raummanövers nicht im Lage, den Wünschen auf Ver-

öffentlichung der vielen Entschuldigungen nachzukommen und bitten
unsere Genossen, das entschuldigend zu wollen. Ueber die Frei-
willigenverbände herrscht unter den Arbeitern nur eine Meinung
und die ist nicht schmeichelhaft für ihre Mitglieder, noch weniger
für eine Regierung, die sich auf solche Heiden stützt.

Zu den Opfern der Märzunruhen gehört wahrscheinlich auch
noch ein mexicaner Mann, dessen Leiche gestern abend gegenüber dem
Marinebauwerk aus der Spree gelandet und nach dem Schaufauf
gebracht wurde. Der Unbekannte hat einen Halsbruch erlitten,
der tödlich war. Der Tote trug selbstgegrane Uniform. In einer
Tasche fand man einen Trauschein auf den Namen Monteur
Gustav Albert Otto Ridelmann und Martha Hermann. Die Ehe-
schließung ist nach der Urkunde am 23. April 1914 vor dem Stan-
desamt 13a erfolgt. Der Tote ist wahrscheinlich dieser Monteur
Ridelmann. Aber alle Nachforschungen nach seiner Wohnung sind
bisher erfolglos geblieben. Auf dem Trauschein stand der Vermerk:
Grüner Weg 88. Er ist von unbekannter Hand geschrieben. In dem
Gause hat jedoch ein Monteur Ridelmann nicht gewohnt. Mitteil-
ungen zur Feststellung der Persönlichkeit und der Verhältnisse, die
zum Tode des Unbekannten geführt haben, nimmt Kriminal-
kommissar Dr. Knuschke im Zimmer 97 des Polizeipräsidiums
entgegen.

Spaubau. Die letzte Stadtoberordnetenitzung be-
faßte sich mit einem Antrag der Rechtssozialisten: Der Magi-
strat möge Vorbereitungen treffen, um ab 1.
Oktober 1919 die Ausführung von Neu- und Um-
bauten in eigene Regie zu übernehmen. Nach längerer
Aussprache, in der sich die bürgerlichen Vertreter dagegen
erklärten, ging der Antrag an eine gemischte Kommission. Der
Errichtung eines Denkmals auf dem Ehrenfriedhof wurde unse-
rerseits zugestimmt mit der Einschließung, dort auch alle Opfer
der Revolution zu beerdigen. Bei Beratung der neuen Gebühren-
ordnung für den Friedhof kam es zu einer längeren Debatte, in
der die Redner der beiden sozialistischen Fraktionen auf die Be-
steuerung hinwiesen, die für die Vermittelten nur 80—90 Prozent,
für die Unbemittelten 75—100 Prozent betrage. Die Vorlage
wurde an die Friedhofsdeputation zurückverwiesen. Am 18. Mai
findet eine Besichtigung des Stadtdigues Wand-
dorf statt. Am 22. Mai soll dann die Wahl des 1. Bürger-
meisters der neun unbesetzten Stadträte vor sich gehen.

Hofenthal. Große Kartatellbesprechungen scheinen im
hiesigen Orte, bevor die jetzige Gemeindevetretung in Kraft trat,
auf der Tagesordnung gewesen zu sein. In der letzten Vertreter-
itzung wurde die Vergebung der herrschenden Kartatellbespre-
chungen. Dabei stellte sich heraus, nachdem eine Aufstellung der
Befestigung des Ortes vorlag, daß nicht weniger als 4291
Brenner fehlten, über deren Verbleib keine der in Frage
kommenden Stellen Auskunft geben konnte. Die Gemeindevetretung
beschloß gegen die Stimmen der Rechten auf Antrag
der U. S. V. Parteileiter die strafrechtliche Verfolgung der
Schuldigen.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 20. April, vorm.
11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstr. 78a, Vortrag des Herrn
Dr. B. Wille: Auferstehung. Gäste willkommen. Am 2. Feiertag
sein Vortrag.

Lebensmittellisten.

Berlin. Ein zweites halbes Pfund ausländisches Weizenmehl
kann bereits in der Woche nach Ostern ausgegeben werden, und zwar
gegen den Abschnitt Nr. 15 der allgemeinen Berliner Lebensmittelliste
in den Geschäften, in denen der Abschnitt Nr. 3 der Lebensmittelliste
angemeldet worden ist. Die Ausgabe des Mehls beginnt am Don-
nerstag, den 24. April, und dauert bis zum Dienstag, den
29. April. Sie erfolgt in der gleichen Weise wie in der vergangenen
Woche, d. h. ohne Vorkmeldung. Der Preis des Mehls beträgt
wieder 1,60 M. für 1/2 Pfund. Die von der Stadt eingeführten Ran-
trollen werden noch stärker gehandhabt werden, als das vorige Mal,
nachdem bedeutende Mehl bereits eine Reihe von Kleinhandels-
geschäften von der Mehl- und Nahrungsmittelversorgung hat ausgeschlossen
werden müssen.

Charlottenburg. Vom 21. bis 27. April gelangen zur Ausgabe:
250 Gramm Fleisch oder Fisch; 5 Pfund Kartoffeln. — Allgemeine
Groß-Berliner Lebensmittelliste mit Aufdruck Charlottenburg: 1 Kilo-
gramm Gemüschkonerven auf Abschnitt 119. — Neue Allgemeine Groß-
Berliner Lebensmittelliste mit Aufdruck Charlottenburg: 100 Gramm
Suppen, Abschnitt 1; 100 Gramm Gruppen auf Abschnitt 2; 150 Gramm
Teigwaren auf Abschnitt 3; 250 Gramm Formelade auf Abschnitt 4;
250 Gramm amerikanisches Weizenmehl auf Abschnitt 14, Ausgabe
Mittwoch und Donnerstag; 250 Gramm ausländisches Weizenmehl auf
Abschnitt 15, vom 21. bis einsehr, 26. April; 250 Gramm Rühnwollig
auf Abschnitt 22; 500 Gramm Formelade auf Abschnitt 23, Preis
1,40 M.; 150 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 18. — Neue Nahrungs-
mittelliste: 1/2 Pfund Rühnwollig auf Abschnitt 17 sowie auf
Abschnitt 6 der Berliner Bezugskarte; 1 Pfund frische Eier oder
Eiweiß auf die Abschnitte 215 und 222, sowie auf Abschnitt 62
und 63 der Berliner Bezugskarte. Abschnitt 216 ist vorgemeldet zu be-
stehen.

Schöneberg. In der Woche nach Ostern werden ausgegeben: 250
Gramm Formelade auf Abschnitt 108, 100 Gramm Weizenmehl auf
Abschnitt 1 und 250 Gramm Suppen auf die Abschnitte 2 und 3 der
Groß-Berliner Lebensmittelliste. Ueber etwaige Bestellung weiterer
Lebensmittel erfolgt besonders Bekannmachung.

Wilmersdorf. Vom 21. bis 27. April: Fortsetzung des Verkaufs
von Fleischlichen, Räucherfischen und Fischkonerven (nicht Seeringen)
auf G und N der roten Bezugskarte für Einzelpersonen, von marken-
freiem Weißbrot, Butter, Käse, Marmeladen und markenfreien Brot-
mehlrüben in beliebiger Menge, von 1/2 Pfund Haushaltshelade
auf 12 der roten Zufuhrmittellisten A I, A II, B I, B II,
C I, C II (bis 24. April), von 1 Kiloogramm Gemüschkonerven auf
119 der Allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelliste (bis 28. April).
Ausgabe von zusammen 300 Gramm Gruppen auf 19 und 20 der
Allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelliste sowie von 1/2 Pfund
ausländisches Weizenmehl auf Abschnitt 15 der Allgemeinen Groß-
Berliner Lebensmittelliste in den durch besonderen Aushang kenn-
lich gemachten Geschäften. 4 Pfund Kartoffeln auf Karten, 1 Pfund
aus der Vorratsmenge.

Wetz. Woche vom 21.—24. April: Groß-Berl. Lebensmittelliste:
Abschn. 2 u. 3: 400 Gr. bzw. 150 Gr., zusammen 250 Gramm, je Person;
Abschnitt 24 u. 24 je 1 Pfund, zusammen 2 Pfund, Kunsthäute je
Person, ab Donnerstag bei den Kleinhandlern. Abschnitt 15: 1/2 Pfund
amerikanisches Weizenmehl je Person, am Vorkauf der Gemeinde
in der Zeit von 8—12 und von 2—7 Uhr täglich. — Berlin-Grüner
Lebensmittelliste: Abschnitt 49 und gegen Vorlage der Bezugskarte
für Kinder im 1., 2., 3. und 4. Lebensjahr 1/2 Pfund Schokoladen-
pulver bzw. 1/2 Pfund Schokolade; für die jüngeren Kinder kommt
das Schokoladenpulver, für die älteren Schokolade zur Verteilung;
Abschnitt 60: Sonderzuteilung für Kranke und Kinder. — Ohne
Vorhand, lediglich gegen Vorlage des Väter Ausweises, werden ver-
kauft: Kinderschokoladen, 1 Pfund-Teilen Erben, Ringel, Zie-
bein bei den Kleinhandlern, Sauerkraut usw. Der Verkauf beginnt
für die Schulkinder am Dienstag, dann weiter die Mütter
5701—5709 am Mittwoch, 5700—1800 am Donnerstag, 1700—800 am
Freitag, 800—1 am Sonnabend.

Lichtenberg. Woche vom 21. April ab: 1/2 Pfund Bonischungsgeläch
Abschnitt 249 J. G. R. S. Lichtenberger Karte (Kartatellbeschlüsse);
100 Gramm Gruppen, Abschnitt 4, gemischte Lebensmittelliste;
150 Gramm Gruppen, Abschnitt 2, teure Ware; 3 Suppenmischl,
Abschnitt 1, Lebensmittelliste für Jugendliche; 250 Gramm Mar-
melade, Abschnitt 4; 1/2 Pfund, und Seeliche; 340 G. J. G. R. S.
4 Pfund Rühnwollig; 250 G. J. G. R. S.; Rühnwollig; 250 G. J. G. R. S.
4 Pfund; 1/2 Pfund Gerings; 250 G. J. G. R. S. Lichtenberger Karte; Gerings
in beliebigen Mischungen reichlich vorhanden. Anstellen daher nicht
möglich. Sauerhohl ohne Marken. Auf Weinbezugskarten: 100
Gramm Nahrungsmittel und 250 Gramm Formelade.

Niederlehnhäusen. Woche vom 21.—27. April: Abschnitt 15 der
Lebensmittelliste: Rühnwollig: 250 Gramm ausländisches Weizen-
mehl; Abschnitt 18: 150 Gramm Eierkonerven; Abschnitt 19: 100 Gramm
Gruppen; Abschnitt 22: 250 Gramm Formelade; Abschnitt 23 der
Zugemischten Rühnwollig: 100 Gramm Weizen; Abschnitt 21 der
Zugemischten für Kinder bis zu 2 Jahren: 1/2 Pfund Heferollig
und 1 Teil konzentriertes Weizen; Abschnitt 17 der Kriegsbeschädigten-
karte: 1 Pfund Gruppen. — Weiter 40 Gramm und Margarine
20 Gramm. — Kartoffeln 5 Pfund. Anmeldung bis Mittwoch mittag.
Zegel. Abschnitt 3 der Groß-Berliner Lebensmittelliste: 150
Gramm Heferollig für 32 Personen; Abschnitt 18: 150 Gramm Teig-
waren für 20 Personen; Abschnitt 21: 250 Gramm amerikanisches

... 1.00 ... 22. ... 100 ... 40 ... 44 ... 22. d. R. ...

Aus den Organisationen.

Neukölln, Dienstag abend, 6 Uhr, im Bureau, Kochstraße 3, Vorstandssitzung. ...

Verein Arbeiterjugendheim ... 7 Uhr, Generalversammlung im Jugendheim zu Steglitz, Antiephofstraße 59.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radsport-Club 'Solidarität' Ortsgruppe Berlin. Touren für Offener (30. und 21. April): 2. Abt.: Zweitagestour durch die Dübrow, ...

Freie Turnerstaffel ... 2 Uhr, auf dem Spielplatz Berliner Straße, ein Propagandafußballspiel ...

Briefkasten.

R. N. 98. 1. Weitere Erhöhungen sind unseres Wissens nicht erfolgt, so notwendig sie auch sind. ...

Geschäftliche Mitteilungen.

Im Birtshaus am Oraniensee, Berlin-Hohenschönhausen, am 1. und 2. Osterfeiertag Gartenkonzert. ...

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp, Redaktions-Verlagsgesellschaft 'Freiheit', a. G. m. b. H., Berlin. ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.: Amt Rokitaplatz 10623, 3578. Bureau: Berlin, Rungelstraße 30. ...

Stotterer

verl. sofort kostenlos die neue psychische G. Haackel, Neukölln, ...

Möbel jeder Art preiswert Große Auswahl Möbel-Lechner BERLIN ...

Facharzt Dr. Meyenber für Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Uhr Jägerstr. 12.

Homöopath. inst. Meißner Müggelstr. 25 am Bahnhof ...

Küche, modern, mit allen Anrichte, roh, gestrichen, ...

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12-1800,- M. verkauft ...

Piano, elegantes, schwarzes, 1930 M., ...

Bechsteinflügel eleganter schwarzer Steinflügel, ...

Harmoniums, neu, gebrauchte, verkauft billig ...

Metallbank Christian, Reichberger Str. 22 (Kottbuser Tor).

Spiralbohrer kauft Zinner Holzmarktstr. 13, Stfl. I pt.

Schreibmaschine sucht Feldgrauer, System u. Preisangabe erbeten. ...

Spiralbohrer, neu, alle Abmessungen, kauft Knab, ...

Kriegsanleihe, Pfand-scheine, Hypothek, ...

Platiner über Platin, verkauft ...

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, ...

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen ...

Platina zu den höchsten Tagespreisen, ...

Plüsch, Möbelstoffe, ...

Spiralbohrer Metalle kauft Pesenacker, ...

Elektrische Leitungsdrähte, Installationsmaterial kauft ...

Spiralbohrer, neu, ...

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, ...

Sektkorke gebraucht, Stück 20 Pfg. ...

Schreibmaschine neu erhalten kauft Schöckel, ...

Abfall- und Metallabfälle ...

Ausschneiden! Aus Metallabfällen, ...

MaxPrenzlauer Berlin N, Reinickendorfer Str. 117 ist für Möbel anerkannt im Norden die Haupt-Bezugsquelle ...

Geschlechtskranke

Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Lühovstraße. ...

Hygiene der Ehe

Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenaerzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg. ...

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

Dir. Hermanns, Elsassstr. 42, 1. Etg., Ecke Bergstraße. ...

Spezial-Behandlung von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen

C. Weidert, Berlin, Invalidenstr. 147, 1. Etg., Ecke Bergstraße. ...

Möbliertes Zimmer

Möbliertes Zimmer vermietet Weber, Kameruner Straße 12. ...

Parteienessen!

Habe ein Restaurant mit Veranda, ...

Erfinder

Ausarb. Anm. von Patent, ...

Sanabo Harnleiden, Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Krankheiten. ...

Zähne 2 Mark

Friedens-Kautschuk, schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie. ...

Zahnpraxis Hatvan

Danziger Strasse 1, Echte Goldkronen von 20 Mark an, keine Luxuspreise. ...

Möbel!

Teilzahlung, Bei bekannt realer Bedienung liefern wir nicht nur einzelne Möbel. ...

GEBR. LIEBER

16, Alexander-Str. 16, Weitgehendste Zahlungserleichterungen. ...

Berein der Spediteure.

Achtung, Versammlung, Achtung. Dienstag, den 22. April, vormittags 9 1/2 Uhr, ...

Achtung!

Artillerie-Werkstatt Süd, Die Arbeit beginnt Dienstag, den 22. April, früh 7 Uhr. ...

Wir geben hierdurch bekannt, daß die Kupferschmelze unseres

Werkes Wildau

am Dienstag, den 22. ds. Mts., wieder in Betrieb ist. Berliner Maschinenbau Aktien-Gesellschaft vorm. L. Schwartzkopf

Achtung! Knorr-Bremse.

Die Arbeit wird am Dienstag, 22. April, wie üblich aufgenommen. Der Arbeiterrat: Kugler, Gause.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann nach langer, schweren Leiden sanft entschlafen ist. Berlin, Barfußstr. 15. Frau Helene Friederich, Witwe, 107 und 108.

Dem Jubelpaare **Gustav Dietrich und Frau** die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Genossen und Genossinnen des Bezirks 305 & Wahlkreis, 18. Abteilung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang meines lieben Bruders **Paul Kroll** sage ich hierdurch meinen besten Dank. Charlotte Kroll.

Parteitokal - Lichtenberg sowie Lichtstöße der 44. Gruppe Lichtenberg, Leopoldstr. 38. Angenehmer Aufenthalt für alle Genossen und Genossinnen. Um gütige Unterstützung bitten Paul Röhr, Restaurant.

Paul Kroll sage ich hierdurch meinen besten Dank. Charlotte Kroll.

Strassenhändler! Ich habe tausende Exemplare meiner **Mal-Zeitung** zum 1. Mal umsetzen. ...

Paul Kroll sage ich hierdurch meinen besten Dank. Charlotte Kroll.

Mal-Zeitung zum 1. Mal umsetzen. ...

Paul Kroll sage ich hierdurch meinen besten Dank. Charlotte Kroll.

Mal-Zeitung zum 1. Mal umsetzen. ...

Paul Kroll sage ich hierdurch meinen besten Dank. Charlotte Kroll.

Mal-Zeitung zum 1. Mal umsetzen. ...

Paul Kroll sage ich hierdurch meinen besten Dank. Charlotte Kroll.

Mal-Zeitung zum 1. Mal umsetzen. ...